

Beilage Auswertung Kantonskonsultation «Impf-Offensive: Konzept»

Total respondents 26

1. Teilt der Kanton die Einschätzung, dass die Anstrengungen der Impfkampagne nochmals intensiviert werden sollen, damit dank einer erhöhten Impfrate sämtliche Massnahmen aufgehoben werden können?

Ja/ Oui/ No	92.00%	23
Nein/ Non/ No	8.00%	2
Total respondents	25	
Respondents who skipped this question	1	

2. Ist der Kanton grundsätzlich einverstanden mit dem Konzept «Impf-Offensive»?

Ja/ Oui/ No	61.50%	16
Nein/ Non/ No	38.50%	10
Total respondents	26	
Respondents who skipped this question	0	

3. Erachtet der Kanton den Vorgehensvorschlag «Nationale Impfwoche» als sinnvoll?

Ja/ Oui/ No	100.00%	26
Nein/ Non/ No	00.00%	0
Total respondents	26	
Respondents who skipped this question	0	

4. Erachtet der Kanton den Vorgehensvorschlag «Mobile Beratungs- und Impfstellen» als sinnvoll?

Ja/ Oui/ No	54.20%	13
Nein/ Non/ No	45.80%	11
Total respondents	24	
Respondents who skipped this question	2	

5. Erachtet der Kanton den Vorgehensvorschlag «Individuelle Information» als sinnvoll?

Ja/ Oui/ No	26.90%	7
Nein/ Non/ No	73.10%	19
Total respondents	26	
Respondents who skipped this question	0	

6. Erachtet der Kanton den Vorgehensvorschlag «Beratungsgutscheine» als sinnvoll?

Ja/ Oui/ No	4.00%	1
Nein/ Non/ No	96.00%	24
Total respondents	25	
Respondents who skipped this question	1	

7. Ist der Kanton einverstanden, die Auszahlung des finanziellen Beitrags erst im Jahr 2022 zu erhalten?

Ja/ Oui/ No	62.5%	15
Nein/ Non/ No	37.50%	9
Total respondents	24	
Respondents who skipped this question	2	

8. Wird der Kanton nach aktuellem Wissensstand das Finanzierungsangebot der Pfeiler 1 bis 4 nutzen?

Pfeiler 1	100.00%	20
-----------	---------	----

Pfeiler 2	55.00%	11
Pfeiler 3	35.00%	7
Pfeiler 4	10.00%	2
Total respondents	20	
Respondents who skipped this question	6	

1. Teilt der Kanton die Einschätzung, dass die Anstrengungen der Impfkampagne nochmals intensiviert werden sollen, damit dank einer erhöhten Impfquote sämtliche Massnahmen aufgehoben werden können?

AG: Der Regierungsrat unterstützt grundsätzlich eine koordinierte Intensivierung der Impfkampagne.

Allerdings ist die finanzielle Entschädigung für die Kantone weniger starr, sondern flexibler auszugestalten. Wenn ein Kanton aufgrund seiner beschränkten Ressourcen nur einen Teil der Minimalvorgaben des Bundes umsetzen kann, ist er mit einer anteilmässigen Finanzierung zu unterstützen. Dass Kantone, die die Minimalvorgaben nicht erreichen, gar keine finanzielle Unterstützung erhalten sollen, erachtet der Regierungsrat als wenig motivierend und nicht zielführend.

AR: Ja, der Regierungsrat teilt die Einschätzung des Bundesrates. Werden die hohen Kosten für Begleitmassnahmen wie z.B. das Testen oder die indirekten Kosten für die Zertifikatspflicht berücksichtigt, lohnen sich weitere Anstrengungen zum Impfen von Seiten Bund und Kantone. Der Regierungsrat fordert den Bund zudem auf, bekannt zu geben, wie die Zahlen aussehen müssten, damit die Massnahmen, wie in anderen europäischen Ländern, aufgehoben werden könnten. Er ist überzeugt, dass ein klares Ziel der Bevölkerung eine Perspektive aufzeigt und so der Impfung nochmals einen Schub verleihen werden könnte. Zudem fehlt für den Regierungsrat ein «Plan B». Welche Strategie wäre zu wählen, wenn trotz aller Bemühungen der Kantone und des Bundes die Quote nicht gesteigert werden kann? Werden Lockerungen trotzdem ins Auge gefasst oder bleiben die bestehenden Massnahmen aufrecht? Diese Perspektive wäre auch für die Bevölkerung eine wichtige Information. Sie könnte zudem den individuellen Impfscheid durchaus beeinflussen.

BE : Ja, denn der Nutzen der Impfung ist unbestritten und eine Erhöhung der Durchimpfung ist anzustreben.

Im Begleitdokument wird als Durchimpfungsziel bei den über 65-Jährigen eine Impfquote von 93 Prozent angestrebt, bei den 18- bis 65-Jährigen sind es 80 Prozent. Dabei sind auch die Genesenen angemessen zu berücksichtigen.

BS: Ja. Die Impfquote in der Schweiz ist im europäischen Vergleich noch zu tief. Bei den über 12-Jährigen (Impfberechtigte Personen) sind erst 66 % geimpft. Dies im Vergleich dazu beispielsweise mit Italien (73%), Frankreich (78%), Spanien (87%) und Portugal (93%), wo die Impfquote der Personen über 12 Jahren deutlich höher ist.

FR: Le canton de Fribourg partage pleinement cette appréciation. Les cantons ont toutefois des stratégies de vaccination différentes et les populations des différents cantons n'ont pas forcément la même approche face aux efforts de communication.

Pour le canton de Fribourg, par exemple, en tenant compte des personnes se trouvant dans le processus de vaccination, quelques 11'200 personnes restent à vacciner pour les 18-64 ans et l'objectif est atteint pour les 65 ans et plus.

L'abrogation de toutes les mesures devrait toutefois, le cas échéant, faire l'objet de réflexions approfondies. Il serait peu compréhensible pour la population de lever des mesures plus ou moins dans les « habitudes » pour les réintroduire quelques semaines plus tard.

GL: Allerdings soll der Bundesrat dringend ein klares Ziel angeben, bei welcher Impfquote welche Massnahmen aufgehoben werden. Auf diese Weise kann sich die Bevölkerung orientieren und motivieren. Wir beantragen überdies, in einem ersten Schritt so rasch wie möglich die ausgeweitete Zertifikatspflicht wieder aufzuheben.

GR: Ja, zudem sollen für diejenigen Kantone, welche aufgrund grösserer Anstrengungen auch höhere Impfzraten aufweisen, mehr finanzielle Mittel gesprochen werden.

Daneben ist das Thema der Booster-Impfungen sehr rasch zu bearbeiten, damit die Risikogruppen, die als erste geimpft wurden, weiterhin und v.a. auf den kommenden Winter hin gut geschützt bleiben und damit Hospitalisationen vermieden werden.

JU: Le Gouvernement jurassien partage l'analyse du Conseil fédéral sur l'importance d'augmenter encore le taux de vaccination dans la population et la nécessité d'abroger les mesures mises en place. Il relève que les cantons font des efforts conséquents en la matière et que le soutien de la Confédération est le bienvenu.

LU: Auch wir sind der Ansicht, dass uns zurzeit nur die Impfung aus der Krise hilft. Wir haben deshalb schon sehr viele und auch sehr unterschiedliche Massnahmen getroffen, um die Impfquote zu erhöhen (Information, Werbung, mobile Impfteams, Impftruck etc.). Wir finden es deshalb richtig, dass die Anstrengungen schweizweit weiter intensiviert werden.

NE : La priorité de la vaccination comme levier pour améliorer la situation est indiscutable. Une nouvelle offensive est bienvenue. Il faut néanmoins prendre en compte des efforts différents selon les cantons pour atteindre les objectifs visés de 93 % de couverture vaccinale chez les plus de 65 ans et de 80 % de couverture vaccinale chez les 18- 65 ans.

OW: Grundsätzlich teilen wir diese Einschätzung. Das Ziel einer neuen Normalität muss konsequent angestrebt werden. Wir sind aber bezüglich mehreren Massnahmen der Meinung, dass sie für die Gegebenheiten von Obwalden nicht passen.

SG: Im Grundsatz teilt der Kanton St.Gallen die Einschätzung, dass weitere Anstrengungen für eine Impfkampagne unternommen werden sollen. Ziel ist es, die Impfzrate weiter zu erhöhen. Es ist jedoch unklar, wie viele unentschlossene Menschen mit diesen Massnahmen erreicht werden können. Wenn nicht geimpfte Personen ab 11. Oktober 2021 bereit sind, Einschränkungen im sozialen Leben in Kauf zu nehmen oder für die Testkosten selbst aufzukommen, anstatt sich impfen zu lassen, dann ist die Wirkung grundsätzlich eher skeptisch zu beurteilen. Es erscheint als kontraproduktiv, wenn die nicht geimpften Personen unter Druck gesetzt werden. Druck von aussen erhöht den Widerstand, und somit wird das Ziel einer Erhöhung der Impfzrate verfehlt.

SH: Trotz angeblicher Fortschritte im Medikamentenbereich zur Behandlung von Covid-19 erscheint eine hohe Impfquote als schnellster Weg hin zu einer covid-massnahmenfreien Gesellschaft.

SO: Die Kantone sollen alles tun, um Impfwillige in allen Bevölkerungsteilen zu erreichen. Insbesondere sollte aber auf Bundesebene nochmals ein klarer Aufruf zum Impfen gemacht werden und das Impfziel propagiert werden. Damit verbunden werden soll die Botschaft, dass sämtliche Massnahmen aufgehoben werden, wenn dieses Impfziel erreicht wird. Die national ausgerufene Impfwoche ist ein wichtiges Mittel, um die Bevölkerung nochmals aufzurütteln. Auch eine Impf-Hotline in verschiedenen Sprachen auf Bundesebene muss dringend eingerichtet und propagiert werden.

SZ: Teilweise. Wir teilen grundsätzlich die Einschätzung, dass die Impfkampagne nochmals intensiviert und die Impfquote in der Schweiz erhöht werden sollte. Wir sind aber nicht mit allen vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahmen einverstanden, respektive beurteilen verschiedene Massnahmen zum jetzigen Zeitpunkt als nicht (mehr) sehr erfolgsversprechend. Es stellt sich auch grundsätzlich die Frage, inwiefern das 3-Phasen-Modell des Bundesrats noch Gültigkeit hat. Laut dieser Strategie war die Aufhebung aller Massnahmen zu dem Zeitpunkt geplant, an dem sich die gesamte impfwillige Bevölkerung hat impfen lassen können. Von dieser

Strategia hat sich der Bundesrat in den letzten Monaten abgewandt, da ansonsten eine Überlastung des Gesundheitswesens gedroht hätte. Wenn nun eine Impfoffensive mit dem Ziel der Aufhebung aller Massnahmen gestartet wird, müsste konsequenterweise ein Impfziel formuliert werden, bei diesem dieser Schritt gegangen werden kann. Somit wäre der ganzen Bevölkerung klar, welche Impfquote angestrebt und nötig ist. Dies würde eine wichtige Perspektive bieten. Auch wenn dieser Strategiewechsel nicht verfolgt wird und die Situation weiterhin anhand der Belastung des Gesundheitswesens beurteilt werden sollte, ist ebenfalls eine Perspektive notwendig, wann die Massnahmen beendet werden können.

TI: Condividiamo senz'altro l'affermazione secondo cui "la vaccinazione è la chiave per uscire dalla crisi" e la necessità di elevare ulteriormente il tasso di persone completamente vaccinate, che, sul complesso della popolazione con più di 12 anni, risulterebbe inferiore del 7% rispetto all'Italia, del 12% rispetto alla Francia e addirittura di oltre il 20% rispetto a Spagna e Portogallo.

Facciamo però osservare che questi confronti sono basati su una percentuale di popolazione svizzera over 12 completamente vaccinata del 66.1%. Il Ticino è sempre stato ai vertici tra i cantoni con il maggior tasso di adesione, tant'è che oggi questa percentuale si attesta al 69.5%. Inoltre, considerando anche chi ha ricevuto una sola dose, e quindi di principio completerà il ciclo vaccinale nel giro di un mese se non già completamente vaccinato, la quota si eleva al 74.6%. Si tratta dunque di tassi relativamente prossimi a quelli dei Paesi vicini.

Per raggiungere i valori ritenuti necessari dall'UFSP, pari ad una copertura del 93% delle persone con più di 65 anni e dell'80% tra i 18 e i 65 anni, in Ticino occorrerebbe comunque vaccinare altre 3'500 persone in età da pensione (tasso ora del 88.4%) e 29'000 persone tra 18 e 65 anni (tasso ora del 66.7%).

Al risultato dell'adesione alla vaccinazione in Ticino hanno contribuito anche la buona organizzazione messa in campo dal Cantone, la diversificazione dell'offerta attuata in funzione delle categorie di popolazione interessate nelle varie fasi e le tante azioni di sensibilizzazione promosse. I contenuti proposti con l'offensiva di vaccinazione sembrano sottovalutare gli esiti positivi ottenuti grazie a una campagna improntata sull'informazione, la responsabilizzazione individuale e sociale così come sono su un'offerta di vaccinazione estesa e capillare sul territorio da 10 mesi, che continua a portare i suoi frutti.

Al di là della campagna nei grandi centri vaccinali cantonali, abbiamo attivato da subito squadre mobili per contesti particolari o situazioni contingenti, svolto vaccinazioni di prossimità per gli anziani in collaborazione con i comuni sin dal mese di marzo, coinvolto gli studi medici da aprile e le farmacie da agosto, promosso il bus itinerante e la modalità walk-in da settembre, istituito linee telefoniche dedicate, attuato campagne di sensibilizzazione e di informazione, tenuto innumerevoli conferenze stampa e raggiunto la popolazione attraverso i mezzi di informazione a ritmo quasi giornaliero.

È quindi difficile immaginare che la prospettata offensiva possa apportare risultati davvero ulteriormente significativi. In ogni caso anche se per il nostro Cantone il margine di progressione risulta limitato, riteniamo importante non mollare la presa e intensificare gli sforzi.

Il documento in esame lascia intendere che, dopo aver sviluppato l'offerta quando la disponibilità a farsi vaccinare era elevata, i Cantoni hanno progressivamente ridotto gli sforzi, anche per ragioni finanziarie. Sarebbero pertanto necessari mezzi supplementari da parte della Confederazione per aumentare ulteriormente il tasso di vaccinazione, migliorando l'accesso a bassa soglia come garantito negli altri Paesi.

Riteniamo questa lettura semplicistica e poco rispettosa dell'impegno profuso, almeno per quanto concerne il nostro cantone. I motivi di un'adesione maggiore alla campagna di vaccinazione in altri Paesi europei non sono infatti a nostro avviso riconducibili solo all'efficacia delle campagne promozionali. La scelta è influenzata ad esempio anche dalla situazione epidemiologica, dalla tempistica di estensione dell'uso del certificato COVID, dallo spettro delle attività che impongono questo strumento, dalla gratuità dei test, dalla fiducia nelle strutture ospedaliere e nelle loro capacità ricettive e terapeutiche o ancora dall'entità degli aiuti economici messi in campo dallo

Stato. Alcuni Paesi sono anche stati più incisivi nel rendere la vaccinazione obbligatoria per taluni gruppi professionali o di popolazione.

TG: Der Ausstieg ist ohne intensivierte Impfkampagne (Ausnahme: Impfwoche, Beratung von Migrationsbevölkerung) zu planen und vermehrt auf Eigenverantwortung zu setzen.

VS: L'efficacité des vaccins contre le COVID-19 étant démontrée pour réduire les infections et protéger la population contre les conséquences graves de la maladie et par conséquent les hospitalisations, il est nécessaire d'encourager la part la plus importante possible de la population à se faire vacciner.

ZH: Auch der Kanton Zürich ist grundsätzlich der Meinung, dass die Anstrengungen der Impfkampagne schweizweit nochmals intensiviert werden sollen. Die Pfeiler 2–4 der Impf-Offensive des Bundes erachten wir für den Kanton Zürich aber nicht als zielführend, da mit Impfmobilien in Zusammenarbeit mit Gemeinden, Bildungsinstitutionen und Vereinen, mit dem Impfram sowie mit der in mehreren Sprachen geführten Hotline bereits ein sehr breites Angebot besteht. Aufwand und Ertrag von einzelnen Massnahmen müssen in einem vernünftigen Verhältnis stehen.

2. Ist der Kanton grundsätzlich einverstanden mit dem Konzept «Impf-Offensive»?

AG: Aus Sicht des Regierungsrats ist die klare Avisierung der Zielgruppe der nicht geimpften Personen relevant. Ohne einen entsprechenden Abgleich ist der Effizienzverlust signifikant hoch. Zum Beispiel sind 90 % der über 70-jährigen Personen bereits geimpft. Eine Impf-Offensive bei dieser Personen-gruppe ist daher wenig effektiv.

AI: Die Ständekommission begrüsst, wenn bundesweit eine wiederholte Informationsoffensive gestartet wird. Mit der vorgeschlagenen Impfwoche ist die Ständekommission einverstanden. Die weiteren Massnahmen, insbesondere die Beratungsgutscheine, beurteilt die Ständekommission hingegen als weder zielführend noch praktikabel und lehnt sie entschieden ab. Der Impfscheid soll nicht aufgrund von monetären Anreizen, sondern aufgrund von gesellschaftlichen und gesundheitlichen Überlegungen gefällt werden. Ebenso sind die Vorschläge für die mobilen Beratungs- und Impfstellen für unseren kleinen Kanton nicht sinnvoll und wenig hilfreich. Die Ständekommission geht davon aus, dass die Informationsoffensive wirkungsvoller würde, wenn der Bundesrat ein konkretes Ziel festlegen würde. Die Ständekommission fordert den Bundesrat daher auf, ein Ziel zu formulieren, ab welchem Schwellenwert der Impf- und Genesenenquote die Schutzmassnahmen voraussichtlich aufgehoben werden können.

AR: Der Regierungsrat lehnt die Impf-Offensive in der hier präsentierten Form ab. Insbesondere hält er monetäre Anreize für den falschen Weg und lehnt Beratungsgutscheine (Pfeiler 4) ab. Bei den Pfeilern 2 und 3 hegt er zudem grosse Vorbehalte in Bezug auf die Ressourcen. Zahlreiche Kantone haben bereits mobile Impfteams im Einsatz, die auch Beratung bieten. Hier zusätzliche Ressourcen anzubieten kann kleinere Kantone überfordern. Aus Sicht des Regierungsrates stehen dann Aufwand und Ertrag auch nicht mehr in einem günstigen Verhältnis.

BE: Ja, die Unterstützung der Impf-Aktivitäten der Kantone durch den Bund im Rahmen einer Impf-Offensive wird begrüsst. Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Kantone bereits ein breites Impfangebot entwickelt haben und auf diesem aufgebaut werden muss. Zudem ist die Durchimpfung der Bevölkerung heute regional sehr unterschiedlich. Es ist eminent, dass die getroffenen Massnahmen nicht das Vertrauen der Bevölkerung in die Impfkampagne untergraben, was bei den unterbreiteten Vorschlägen durchaus der Fall sein könnte.

FR: Comme dit plus haut, une telle intensification est souhaitable mais doit laisser une marge d'adaptation aux cantons, en relation avec leur stratégie particulière et leur population. Des dispositifs de vaccination de proximité existent déjà.

GE: Très partiellement.

GL: Es ist fraglich, ob alle Teile des Konzepts für uns als kleinem Kanton angemessen sind.

GR: Ja, allerdings sind wir der Auffassung, dass die Massnahmen zu spät ergriffen werden.

JU: L'idée de faire un effort particulier sur une période limitée est soutenue par le Gouvernement jurassien.

LU: Aber nicht uneingeschränkt.

Die vorgeschlagene Offensive ist zu theoretisch und zu zentralistisch. Die finanzielle Beteiligung des Bundes wird von einheitlichen, nicht sachgerechten Voraussetzungen abhängig gemacht und nimmt zu wenig Rücksicht auf die unterschiedlichen Bedürfnisse und Gegebenheiten in den Kantonen.

NE: Cette campagne nationale est une opportunité pour les cantons de promouvoir la vaccination de manière concertée (art 21 LEp). Toutefois, nous avons plusieurs réserves importantes à formuler tant du point de vue éthique et politique que sur les moyens choisis, leur efficacité et leur faisabilité de mise en œuvre dans des délais si courts. Il est important que la Confédération respecte les compétences cantonales en matière de politique sanitaire.

Les efforts d'amélioration de la couverture vaccinale vont varier d'un canton à l'autre selon la couverture à ce jour et leur réalité propre. Des dispositifs de vaccination de proximité existent déjà. Il est donc important que la Confédération donne des orientations générales mais laisse plus de marge d'adaptation aux cantons pour investir au mieux les ressources attribuées.

NW: Es ist für den Kanton Nidwalden unbestritten, dass die Impfung der Schlüssel zum Ausstieg aus der Pandemie ist. Wir sind aber grundsätzlich der Auffassung, dass der Staat mit den bisherigen, umfassenden Massnahmen das sinnvollerweise Machbare nun getan hat und dass der ungeimpfte Teil der Bevölkerung eigenverantwortlich handelt. Gewisse Teile der Impf-Offensive sind zwar zu begrüssen, sie sind aber nicht überall und in allen Teilen erfolgversprechend. Insbesondere die Beratungsgutscheine lehnen wir entschieden ab. Wir begrüssen die "Nationale Impfwoche", die geplante Beratungskampagne für noch nicht geimpfte Personen und die Stärkung der rund 220 mobilen Impfzentren, auch wenn wir grosse Skepsis darüber haben, dass damit vor allem auch Regionen mit tiefer Impfrate besser erreicht werden können und das Gros der fundamentalen Impfskeptiker sich auf diese Weise überzeugen lässt.

OW: Wir begrüssen grundsätzlich Massnahmen, die dazu beitragen, den Weg in die Normalität zu beschleunigen.

SG: Die Kantone fördern basierend auf Art. 21 EpG die Impfung mit vielen Massnahmen und Aktivitäten. Die Anstrengungen der Kantone sind gemäss Ansicht des Kantons St.Gallen sehr gut und wurden mit den nationalen Impfkampagnen gut ergänzt. Eine weitere Übernahme von Aktivitäten (individuelle Ansprache, Beratung usw.) seitens Bund lehnen wir ab.

SH: Die Kantone haben schon viel unternommen, es braucht nicht noch mehr entsprechende Anstrengungen. Der Bund sollte stattdessen mit klaren Vorteilen für die 2G-Gruppe die Impfbereitschaft der nicht Genesenen bzw. nicht Geimpften erhöhen. Hardliner werden kaum zu überzeugen sein.

SO: Wir unterstützen eine Impfoffensive, haben jedoch Vorbehalte gegenüber einzelnen Massnahmen (vgl. Fragen 4 bis 6).

Wir weisen darauf hin, dass in den Kantonen bis anhin und in den kommenden Monaten verschiedenste Massnahmen bereits umgesetzt oder geplant sind. Entsprechend wurden und werden viele personelle Ressourcen (medizinisch, assistierend sowie administrativ) eingeplant. Kurzfristige Aktionen wie im Impf-Konzept beschrieben werden die Bemühungen der Kantone teilweise konkurrenzieren, da nur beschränkte personelle Ressourcen zur Verfügung stehen. Die Planungsunsicherheit (der Bundesrat entscheidet erst am 13. Oktober) und die noch vage Ausgestaltung der einzelnen Massnahmen erschweren eine rechtzeitige Planung. Wir erachten es als effizienter, wenn der Bund die unterschiedlichen, auf die kantonalen Gegebenheiten abgestimmte Ansätze der Kantone stärker unterstützt. Einheitliche Ansätze für alle Kantone sind in der aktuellen Situation wenig zielführend.

Unter Umständen wird die Impf-Offensive in direkter Konkurrenz stehen zu den Einsätzen der mobilen Einheiten für Nachimpfungen in Alters- und Pflegeheimen, sozialmedizinischen Institutionen sowie weiteren Institutionen wie beispielsweise Spitexorganisationen. Diese mobilen Einheiten bedienen Hochrisiko- sowie Risikogruppen und würden von uns prioritär bedient, sobald die Impfpflicht der EKIF entsprechend erweitert wird.

SZ: Der Kanton Schwyz hat in den letzten Wochen und Monaten grosse Anstrengungen zur Steigerung der Durchimpfung wahrgenommen. Diese Massnahmen hatten allesamt den Fokus, die Covid-19-Impfung möglichst wohnortsnah und niederschwellig anzubieten. Seit Beginn der Impfkampagne kann die Impfung in den drei Impfbüros der Spitäler Einsiedeln, Lachen und Schwyz in Anspruch genommen werden. Bereits Mitte Februar waren die Impfungen in den Alters- und Pflegeheimen mit mobilen Equipen abgeschlossen. Seit Mitte April kann im Kanton Schwyz dezentral in Arztpraxen und Apotheken geimpft werden. Anfangs Mai wurden zusätzlich vier regional verteilte Wochenendimpfbüros eröffnet. Anfangs Juni startete man das Programm «Impfbus» (der auch in verschiedenen Gemeinden Halt machte) und seit Mitte Juli besteht in den Spitälern und zeitweise auch in den Wochenendimpfbüros die Möglichkeit, sich spontan impfen zu lassen (Walk-in). Obwohl mit all diesen Möglichkeiten ein regional sehr breites, differenziertes und wohnortsnahes Angebot zur Verfügung steht, wird dieses nur noch sehr wenig genutzt. Der Kanton Schwyz ist der Überzeugung, dass das wohnortsnahen Impfen bereits bestmöglich umgesetzt wurde und wird und damit das Potenzial für Massnahmen in diese Richtung erschöpft ist (insbesondere Pfeiler 2).

TG: Zwar erachten wir eine nationale Impfwoche als zielführend, lehnen die übrigen Massnahmen indes als realitätsfern und teilweise kontraproduktiv ab.

TI: Siamo d'accordo ma solo sul principio, nel senso che concordiamo sull'esigenza di incrementare il tasso di vaccinazione. Riteniamo tuttavia che le iniziative promozionali più efficaci in questo senso siano già state messe in campo e che la popolazione possa già disporre agevolmente di offerte di consulenza e di vaccinazione a bassa soglia. In aggiunta alle perplessità già espresse, riteniamo che a parte la settimana nazionale di vaccinazione, le misure prospettate risultano a nostro avviso difficilmente attuabili nell'entità proposta, in ragione delle risorse umane qualificate che andrebbero reperite e delle difficoltà pratiche, giuridiche e anche etiche che presentano, come meglio precisato nelle risposte alle singole proposte.

VD: Le canton soutient ce projet d'intensification quand bien même un certain nombre d'actions ont déjà été entreprises sur territoire vaudois.

Les chiffres statistiques montrent par ailleurs que les taux de vaccination relevés dans le Canton de Vaud sont proches des cibles indiquées par la Confédération.

Dès lors, l'intensification proposée arrive tardivement face aux mesures déjà prises.

VS: Le canton du Valais soutient sur le fond le projet d'intensification de la vaccination. Des démarches supplémentaires sont bienvenues pour renforcer l'adhésion à la vaccination. Cependant, nous considérons que les mesures prises doivent être adaptées aux spécificités cantonales et tenir compte des actions déjà en cours. De plus, les moyens mis en œuvre ne doivent pas dépasser de manière disproportionnée les gains potentiels.

ZH: Der Kanton Zürich setzt mit individuellen, niederschweligen Massnahmen bereits alles daran, die Impfquote bei den Personen ab 12 Jahren von derzeit 76% mindestens einmal Geimpfter weiter zu erhöhen. Die vorgeschlagenen Massnahmen wären im Verhältnis zum zu erwartenden Ertrag mit einem unverhältnismässig grossen Aufwand verbunden.

3. Erachtet der Kanton den Vorgehensvorschlag «Nationale Impfwoche» als sinnvoll und gibt es Verbesserungsvorschläge?

AG: Der Regierungsrat begrüsst eine national gesteuerte Impfwoche, weil auch im Kanton Aargau noch nicht genügend Personen geimpft sind.

Die von den Kantonen, Gemeinden und diversen Organisationen (zum Beispiel Kirchen, Sportvereine etc.) zu organisierenden Informationsveranstaltungen werden auf Stufe Kanton jedoch einen grossen proaktiven und vor allem reaktiven Aufwand verursachen. Dabei ist vor allem der Aufwand für die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen für die Planung und Umsetzung der Massnahmen gewaltig.

Lösungsansatz: Der Regierungsrat erachtet den geplanten Zeitpunkt Anfang November 2021 für die Durchführung der nationalen Impfwoche als zu ambitiös und schlägt eine Umsetzung per Ende November 2021 vor.

AI: Die Standeskommission fordert den Bund auf, dass im Rahmen der Impfwoche ein Schwellenwert der Impf- und Genesenenquote kommuniziert werden soll, der erreicht werden soll. Weiter scheint es wichtig, dass sich die COVID-19-Impfwoche klar von der saisonalen Grippeimpfwoche abhebt, welche jeweils auch im November durchgeführt wird.

AR: Ja. Eine nationale Impfwoche wird als zielführend erachtet. Es ist allerdings wichtig, dass die Kantone frühzeitig eingebunden werden und so ausreichend Zeit bleibt, um das Vorgehen untereinander zu koordinieren. Eine Unterstützung des Bundes ist dabei zwingend notwendig. Der Regierungsrat erachtet es als wichtig, dass eine allfällige nationale Covid-19-Impfwoche mit der anstehenden Grippe-Impfwoche abgestimmt wird. Fallen beide auf den selben Zeitraum könnte das für Verwirrung in oder Überforderung der Bevölkerung führen.

BE: Ja, die Durchführung einer «Nationalen Impfwoche» wird unterstützt. Es wird vorgeschlagen, diese «Nationale Impfwoche» möglichst Anfang November durchzuführen. Dabei hat eine Koordination der Aktivitäten und eine klare Kommunikation betreffend Grippe-Impfung zu erfolgen. Weiter ist dem Sicherheitsaspekt angemessene Rechnung zu tragen bei der Konzeption der Aktivitäten. Begrüsst würden auch niederschwellige Impfangebote für Junge, die Privatsphäre und Vertraulichkeit gewährleisten, ausserhalb von Schulen.

BS: Ja. Der inhaltliche Mehrwert einer solchen Impfwoche ist aber konzeptionell noch klarer herauszuarbeiten. Ferner muss sichergestellt werden, dass die Nachhaltigkeit der allfälligen Aktivitäten gewährleistet werden kann (z. B. Impfangebote).

FR: Les dates doivent toutefois être connues le plus rapidement possible pour que les cantons puissent s'organiser en conséquence. La première semaine de novembre n'est pas idéale en raison de la campagne de vaccination contre la grippe (5 novembre journée nationale) et le jour férié du 1er novembre dans les cantons catholiques. Le canton de Fribourg estime souhaitable que

l'OFSP apporte un soutien aux cantons en matière de communication (mise à disposition de matériel adaptable, réservation de plages dans les médias régionaux).

GE: Très partiellement d'accord.

Les cantons ont organisé des « semaines de la vaccination » toutes les semaines depuis le début de l'année. Afin de maximiser les effets d'une telle campagne, la Confédération devrait dans ce cas prendre un leadership qu'elle n'a pas pris jusqu'à maintenant au niveau de la mise en œuvre de ce projet. En outre, le canton souhaite rendre attentif l'Office fédéral de la santé publique au fait que le 6 novembre prochain aura lieu la journée nationale de la vaccination contre la grippe. Le canton craint que faire chevaucher ces deux événements ne crée de la confusion dans la population.

GL: Mit zusätzlicher Aufklärung und Information ist sicher noch etwas zu erreichen. Im Idealfall ist die Ärzteschaft aktiv an Bord, welche mutmasslich die höchste Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft besitzt. Die «Nationale Impfwoche» muss unbedingt mit der Kampagne um die jährliche Grippeimpfung koordiniert werden, damit sich das nicht beisst oder noch besser sogar voneinander profitiert.

Gibt es Verbesserungsvorschläge? Nein.

GR: Ja, allerdings wird die "Nationale Impfwoche" zu spät proklamiert. Es ist kantonsweise das Grundangebot zu überdenken und auf den jeweiligen Kanton zugeschnitten zu optimieren. Im Übrigen sollte nicht nur eine, sondern mehrere Impfwochen durchgeführt werden.

JU: Une semaine nationale de vaccination peut amener quelque chose de positif notamment en matière de communication. Il faudra cependant être attentif au niveau de la communication, car chaque année début novembre une campagne de vaccination contre la grippe est prévue. A noter également que le service de la santé publique du canton du Jura a déjà mis sur pied des carnets digitaux avec les professionnels de la santé avec comme orateur le Dr Q. Haas pour répondre aux questionnements et aux faux-arguments.

LU: Grundsätzlich. Grundsätzlich ist der Vorschlag zu begrüßen. Allerdings ist der Vorschlag noch sehr wenig ausgereift und es stellt sich die Frage, wieso damit so lange zugewartet werden soll. Dies auch vor dem Hintergrund, dass im November eventuell ein grosser Teil des Personals bereits mit der Vorbereitung der Boosterimpfungen beschäftigt sein wird.

NE: Le canton devrait pouvoir utiliser ce cadre pour présenter ses objectifs et le dispositif pour les atteindre. Cette semaine constitue un accélérateur pour la communication.

SG: Diese Aktionswoche im November darf nicht zur Konkurrenz für die Grippeimpfung werden. Daher sollte für Personen über 65 Jahre die Aktion nach Möglichkeit mit der Grippeimpfung kombiniert werden. Dafür bieten sich Arztpraxen an. Dann müsste in Kauf genommen werden, dass Impfdosen vernichtet werden müssen, wenn nicht ausreichend Personen erscheinen – gleichzeitig ist das Angebot sehr niederschwellig mit Tausenden von Anlaufstellen. Die Beratung könnte auch im gewohnten und vertrauten Umfeld stattfinden.

SH: Aber nur im Sinne einer PR-Offensive, ggf. kombiniert mit Walk-in-Angeboten. Auch ist eine Koordination mit der Grippeimpfung zu empfehlen.

SO: Der Kanton Solothurn setzt zurzeit sehr viele Massnahmen um. Eine unterstützende nationale Kampagne und Sensibilisierung der Bevölkerung begrüßen wir sehr. Eine national orchestrierte Kampagne sollte mit den Kantonen und den Verbänden (Wirtschaft, Sport, Kultur etc.) abgesprochen werden. Wir benötigen rechtzeitig eine detaillierte Planung, um im Kanton die Kampagne möglichst optimal zielführend umsetzen zu können.

SZ: Der Kanton Schwyz unterstützt die Durchführung einer nationaler Impfwoche, indem national die Werbung für die Impfung noch einmal konzentriert intensiviert wird.

TG: Das Datum einer nationalen Impfwoche ist mit den Kampagnen zur Grippeimpfung zu koordinieren und so auszugestalten, dass Verwechslungen der beiden Impfungen verhindert werden. Zu prüfen wäre zudem die Idee, betriebsspezifische Impfwochen zu unterstützen. Während der nationalen Impfwoche könnte z.B. in jedem Bezirk eine Walk-in-Möglichkeit geschaffen werden.

TI: Questa settimana di sensibilizzazione specifica e rafforzata può essere condivisa, pur nella consapevolezza che la percezione della popolazione non ancora vaccinata è in parte anche di saturazione rispetto ai messaggi che verrebbero ribaditi. Proprio per questo l'azione in questione sarebbe ragionevolmente dovuta cadere nelle settimane scorse.

Come periodo dedicato viene indicato l'inizio di novembre. Chiediamo tuttavia di evitare questa campagna durante le vacanze scolastiche nell'uno o l'altro Cantone, perché l'attenzione e l'efficacia risulterebbero ulteriormente ridotte. Ricordiamo che in Ticino quest'anno le vacanze cadono dal 30 ottobre al 7 novembre.

VD: Cette démarche déployée simultanément dans l'ensemble des cantons suisses illustre que « seulement ensemble et solidaire », la situation va s'améliorer et les conditions de vie vont redevenir « normales ».

Le canton a-t-il des améliorations à proposer ? Oui.

Pour que cette campagne puisse véritablement porter ses fruits, il convient de pouvoir s'adresser aux différents groupes cibles visés par des messages spécifiques.

VS : Pas d'améliorations à proposer.

ZH: Soweit es darum geht, die Kommunikation mit der Bevölkerung schweizweit zu intensivieren, begrüsst der Kanton Zürich eine «nationale Impfwoche». Ziel muss es sein, verschiedenste Akteurinnen und Akteure einzubeziehen. Die «nationale Impfwoche» soll in sinnvoller Weise auf die Informationskampagne für die Grippeimpfung abgestimmt sein.

Die Kosten der Kampagne sollen vom Bund übernommen werden.

4. Erachtet der Kanton den Vorgehensvorschlag «Mobile Beratungs- und Impfstellen» als sinnvoll und gibt es Verbesserungsvorschläge?

AG: Der Regierungsrat erachtet den Vorschlag zwar als sachgerecht, aber nur, wenn die bereits in den Kantonen tätigen mobilen Impfteams bei der Berücksichtigung der Anzahl eingesetzter Teams vollumfänglich angerechnet werden und eine flexible Umsetzung möglich ist.

Gemäss den Aussagen im Begleitdokument in Ziffer 2.2 ist das Angebot eines Kantons mengenmässig ausreichend, wenn der Kanton mindestens drei Viertel der in seinem Gebiet vorgesehenen mobilen Beratungs- und Impfstellen (gemäss der Tabelle in Ziffer 2.5 des Begleitdokuments für den Kanton Aargau 13) betreibt. Das heisst, der Kanton Aargau bekommt die vom Bund in Aussicht gestellten Fr. 220'000.– pro Team, wenn er mindestens zehn mobile Einheiten einsetzt.

Im Kanton Aargau stehen seit Januar 2021 ständig sechs bis zehn mobile Teams in Heimen, Betreuungseinrichtungen, Lebensmittelgeschäften, Schulen und neu Gemeinden im Einsatz. Aktuell betreibt der Kanton Aargau acht mobile Teams. Damit können die Anforderungen des Bundes nicht erfüllt werden. Eine Erhöhung auf zehn oder gar 13 mobile Teams hätte einen hohen Rekrutierungsaufwand zur Folge. Insbesondere auch aufgrund der sehr personalintensiven Anforderungen des Bundes. Der Bund fordert, dass jede mobile Beratungs- und Impfstelle während sechs Wochen total mindestens 324 Stunden (sechs Wochen, sechs Tage, neun Stunden) geöffnet sein muss. Bei Öffnungszeiten von mehr als acht Stunden wäre in Anbetracht der zusätzlich

anfallenden Vor- und Nachbearbeitungszeiten ein zwei Schichtbetrieb erforderlich.

Lösungsansatz: Der Regierungsrat schlägt eine prozentuale Vergütung basierend auf der prozentualen Umsetzung durch den Kanton und die Anrechnung der bereits im Kanton in Einsatz stehenden mobilen Impfteams vor.

AI: Die Standeskommission lehnt die Massnahmen ab, da diese insbesondere für kleine Kantone wie Appenzell I.Rh. nicht vielversprechend sind. Aufwand und Ertrag stehen in einem klaren Missverhältnis. Im ganzen Kanton haben bereits früh neben der mobilen Impfequipe und dem Impfzentrum auch die Hausärztinnen und Hausärzte mitgeimpft. Die Beratungs- und Impfstellen sind für alle Innerrhoderinnen und Innerrhoder innerhalb von wenigen Minuten sowohl mit als auch ohne Anmeldung erreichbar.

Wir haben festgestellt, dass die Nachfrage nach den Walk-In-Angeboten in den letzten Tagen wieder sehr stark abgenommen hat. Es ist nicht zielführend, ein zusätzliches Angebot zu schaffen, wenn die bestehenden Kapazitäten nicht ausgeschöpft werden.

Wer sich impfen lassen wollte, hatte und hat die Möglichkeit dazu. Unentschlossene gibt es wohl kaum mehr.

AR: Ja, der Regierungsrat hält mobile Beratungs- und Impfstellen für sinnvoll und zweckmässig, um möglichst viele Personen zur Impfung zu bewegen. In Appenzell Ausserrhoden wurden bisher sehr gute Erfahrungen mit mobilen Impfeinheiten gemacht. In der Ressourcenfrage sieht der Regierungsrat allerdings Probleme. Es stellt sich die Frage, ob alle Kantone in der Lage sind diese zusätzlichen Ressourcen zu stellen. Gerade in Appenzell Ausserrhoden sind die personellen und medizinischen Ressourcen bereits sehr stark ausgeschöpft.

BE: Ja, der Kanton Bern setzt bereits heute mobile Einheiten ein bei der Durchimpfung der Bevölkerung. Diese haben sich bewährt. So können Bevölkerungsgruppen erreicht werden, die sich nicht in ein Impfzentrum begeben wollen.

Heute konzentrieren sich diese mobilen Einheiten auf die Impfung. Das Beratungsangebot kann ausgebaut werden. Die Bevölkerung ist jedoch bereits gut informiert. Wir wollen nicht riskieren, dass ein Übermass an Information zu einer Ablehnung der Impfkampagne führt. Zudem ist auch hier die Bedrohungslage zu prüfen.

BS: Ja. Es ist zweifellos sinnvoll und nützlich, wenn der Bund mobile Beratungs- und Impfstellen konzeptionell und finanziell unterstützt. Auf eine feste Verpflichtung auf eine gewisse Anzahl von Einheiten sollte aber verzichtet werden, da z. B. in einem städtischen Umfeld mit vielen Impfangeboten möglicherweise weniger mobile Einheiten gebraucht werden als in einem ländlichen Umfeld.

FR: Le canton dispose de 2 équipes de vaccination mobile depuis le mois d'août qui couvrent les régions du canton de même qu'une équipe pour les écoles. Les chiffres évoqués en matière de personnel, l'organisation et la logistique à mettre en place semblent disproportionnés en regard de l'effort restant à fournir (11'200 personnes à vacciner).

GE: Le canton de Genève rappelle qu'il a mis en place un dispositif de vaccination complexe qui a pour force de s'adapter constamment. Il a notamment mis en place: des centres de vaccination à très haute capacité, des centres de proximité, des pharmacies, des cabinets médicaux, des unités à domicile ainsi qu'une équipe mobile qui se déplace depuis près de 5 semaines pour offrir de la vaccination facilitée et sans rendez-vous.

La topographie particulière du canton de Genève a révélé les faiblesses du dispositif mobile dont les résultats sont très mitigés par rapport aux coûts engagés. La population s'est montrée globalement peu réceptive à l'opération et tout particulièrement la population estudiantine qui a recours au testing au détriment de la vaccination. La simple mise à disposition d'un dispositif mobile n'est pas décisive pour augmenter significativement le taux de vaccination.

GL: Eher Nein. Wir gehen davon aus, dass auch «Pop-Up-Beratungs-/Impfzentren» in Gemeindefliegenschaften (Roadshow durch den Kanton mit Stopp in Lokalitäten der einzelnen Dörfer) als «Mobile Beratungs- und Impfstellen» gemäss bundesrätlicher Definition gelten.

Gibt es Verbesserungsvorschläge?

Bisher hat der Kanton Glarus solche Angebote abgelehnt, weil Aufwand und Ertrag wohl in keinem Verhältnis stünden (das Glarner Impfzentrum ist praktisch aus jeder Ecke des Kantons innerhalb einer halben Stunde erreichbar, wobei die Anreise jedem/jeder Einwohner/-in problemlos zumutbar ist). Wird der Kanton durch die Vorgabe des Bundesrats nun faktisch zur Roadshow verpflichtet, werden zwar einige zusätzliche Personen erreicht werden können, das Vorhaben ist jedoch mit grossen Risiken verbunden. Der enorme personelle und logistische Aufwand für 6 Wochen à 6 Tage mit 9 Stunden Öffnungszeit (Bundesvorgabe) könnte sich als äusserst kostspieliger Leerlauf erweisen. Es ist zu befürchten, dass der grösste Teil der Standorte schlecht ausgelastet sein wird, was für das Gesundheitspersonal vor Ort sehr demotivierend wirkte und in der Öffentlichkeit als Verschleuderung von Ressourcen wahrgenommen würde. Sollte sich der Kanton Glarus dennoch für die Roadshow entscheiden, würden wir diese in der Umsetzung als Kombination Beratung/Impfung ausgestalten.

GR: Grundsätzlich ja, allerdings ist es nicht realistisch, innert der im Konzept vorgesehenen Zeit zwei oder mehrere mobile Impf- bzw. Beratungsteams zu bilden, welche die notwendigen fachlichen und qualitativen Anforderungen erfüllen.

LU : Mit Vorbehalten.

Der Bund macht seine Unterstützung von der Mindestanzahl mobiler Einheiten abhängig. Offenbar geht der Bund bei seinen Berechnungen davon aus, dass die Kantone noch kein solches Angebot haben. Dem ist aber nicht so. Viele Kantone verfügen schon seit längerem über mobile Impfteams. Auch der Kanton Luzern verfügt schon seit längerem über mobile Impfteams und neu tourt auch ein Impftruck durch den Kanton. Das Potential und damit auch der Bedarf sind in den Kantonen und auch in den Regionen sehr unterschiedlich.

Die Unterstützung des Bundes darf deshalb nicht von theoretisch berechneten Vorgaben abhängig gemacht werden. Wir beantragen, dass der Bund unabhängig bestimmter Vorgaben zur Anzahl mobiler Impfteams die Kantone unterstützt.

Nicht ausser Acht gelassen werden darf auch, dass es sehr schwierig oder gar unmöglich sein wird, zeitgerecht das dazu erforderliche Personal zu rekrutieren.

JU: La question de la définition des unités mobiles est à préciser. En effet, le Gouvernement jurassien a choisi d'envoyer ses unités mobiles de vaccination dans les communes, mais en s'installant dans des salles mises à disposition gratuitement par les communes et non en utilisant des bus. C'est la protection civile qui est chargée de l'organisation des transports du matériel pour les équipes mobiles. Cette démarche fonctionne bien et est moins onéreuse que l'acquisition d'un bus. Il est ainsi plus facile d'impliquer les communes et le confort pour la personne qui décide de se faire vacciner est meilleur avec un plus grand sentiment de sécurité. Les premiers retours d'expérience sont positifs et les objectifs dépassés dans les premières communes visitées. Le financement fédéral ne devrait pas concerner uniquement l'équipement (bus) mais aussi la logistique et le personnel de l'unité. Ainsi, il devrait également pouvoir être attribué à cette démarche qui correspond à une « unité de consultation et de vaccination mobile ». Par ailleurs, les conditions fixées pour l'utilisation du bus (6jours/7 au moins 9h par jour) ne sont pas forcément adaptées au contexte jurassien et aux ressources à disposition. En clair, il faudrait revoir le dispositif en place à la baisse pour assurer le fonctionnement d'un bus de vaccination dans les conditions fixées dans la consultation.

NE: Avec réserve.

Il faut desservir la population avec des unités de vaccination. Imposer une unité mobile n'a pas de

sens, notamment pour des cantons urbains.

Cette initiative doit se faire en phase dans le cadre d'un modèle d'action avec des partenaires de la communauté (commune, groupe, entreprise, etc.), en mobilisant ainsi les relais et acteurs de terrains existants. Nous proposons de favoriser un modèle d'intervention en cercles concentriques autour d'une unité de vaccination qui implique de l'information et la recherche active de personnes hésitantes, ainsi que des incitatifs moralement acceptables.

NW: Teilweise. Wir unterstützen die Absicht, dass die 170 mobilen Beratungs- und Impfstellen Impfungen "niederschwellig" direkt zu den Leuten bringen - auf den Dorfplatz, an den Arbeitsplatz, auf den Sportplatz oder ins Einkaufszentrum. Wir weisen aber darauf hin, dass dieser Ansatz für die Zentren/Städte erfolversprechend sein mag, dass aber für die ländlichen Regionen damit kaum etwas zu erreichen sein dürfte. Vor allem die Rekrutierung von genügend Fachpersonal stellt den Kanton Nidwalden vor grosse Herausforderungen.

OW: Diese Massnahme ist nicht für alle Kantone gleichermaßen geeignet, der Unterschied zwischen den Kantonen und Regionen bezüglich der langen resp. der kurzen Wege ist zu gross. Wir haben Bedenken bezüglich Verfügbarkeit von entsprechendem Personal. Wir sehen bei diesem Vorgehensvorschlag kein grosses Potential, um die Impfquote in Obwalden zu erhöhen.

SG: Der Kanton St.Gallen betreibt bereits mobile Impfstellen. An diesen mobilen Impfstellen können sich die Bürgerinnen und Bürger immer auch beraten lassen. Zudem ist eine Beratung bei Hausärztinnen und Hausärzten sowie in Apotheken möglich. Die Aktionen werden von der jeweiligen Gemeinde, lokalen Ärzteschaft, Apotheken sowie Fachstellen beworben. Wir unterstützen grundsätzlich den weiteren Ausbau von mobilen Beratungs- und Impfstellen, sofern diese zusammen mit bestehende Strukturen wie z.B. Arztpraxen und Apotheken organisiert werden können.

Die finanzielle Unterstützung dieser Angebote an eine fixe Mindestzahl von zehn mobilen Beratungs- und Impfstellen im Kanton St.Gallen und über 100 Beraterinnen und Berater zu knüpfen, halten wir nicht für sinnvoll und lehnen dies ab. Mit einer fixen Zahl je Kanton werden bereits bestehende Impfzentren und deren Kapazitäten nicht mit eingerechnet. Erst letzte Woche wurden das Impfzentrum St.Gallen in eine grössere Lokalität mit deutlich grösseren Kapazitäten verlegt. Der Kanton St.Gallen schlägt daher vor, die Zahl der Impfzentren ebenfalls zu berücksichtigen. Für den Kanton St.Gallen würden sich daraus – bei bereits vier bestehenden Impfzentren – folglich sechs mobile Impfstellen für sechs Regionen für sechs Wochen ergeben. Es geht immer auch darum, besonders die jetzt skeptischen, noch nicht geimpften Personen mit guter Beratungsqualität und sicheren Prozessen zu überzeugen. Wir schlagen daher vor, dass die Ärzteschaft oder die Apotheken gezielt einen Beratungsauftrag bzw. eine Pauschale für die Impfberatung erhalten, die von Selbstbehalt und Franchise befreit ist bzw. vom Bund finanziert wird – analog den Schnelltests.

SH: Die Nachfrage ist basierend auf den Erfahrungen mit den letzten mobilen Einsätzen im Kanton Schaffhausen nicht vorhanden bzw. es kann keine zusätzliche Klientel zur Impfung bewegt werden.

SO: Wir haben die Erfahrung gemacht, dass zwischen mobilen Impf- und mobilen Beratungsteams unterschieden werden muss. Der Kanton Solothurn ist seit August 2021 in vielen Gemeinden mit mobilen Impfteams unterwegs. Ein Erfolgsfaktor ist die Absprache und Unterstützung mit den Gemeindebehörden. Diesen Weg werden wir – unabhängig von der nationalen Impfkampagne – weiterführen. Mit dem Impfen vor Ort erreichen wir viele Menschen. Wir betreiben in diesem Setting keine Überzeugungsarbeit fürs Impfen.

Eine ärztliche Impfaufklärung soll flankierend zu allen Aktionen der mobilen Impfteams angeboten werden. Die Wirkung von mobilen Beratungsteams ist jedoch beschränkt, wenn die Beratung allgemein und auf öffentlichen Plätzen erfolgt. Für Menschen mit Migrationshintergrund sowie für

Einwohnerinnen und Einwohner mit rudimentären Deutschkenntnissen braucht es gezieltere Massnahmen und persönliche Kontakte.

SZ: Das Potenzial im Bereich der mobilen Impfanstrengungen im Kanton Schwyz erachten wir als erschöpft, da bereits zahlreiche Angebote lanciert und die Inanspruchnahme der Angebote in den letzten Wochen nur noch sehr marginal ausgefallen ist.

TG: Mobile Impfeinheiten erachten wir als sinnvoll. Im Kanton Thurgau werden seit März 2021 ein mobiles Impfteam und seit Sommer 2021 ein Impfbus eingesetzt, wodurch über 3'000 Personen geimpft werden konnten. Zusätzlich wurden mit mobilen Impfteams in Firmen über 4'000 Personen geimpft. Die Nachfrage lässt allerdings stark nach. Eine mobile Impfeinheit je 50'000 Personen ist für den Thurgau damit übertrieben, weil keine Nachfrage besteht. Hingegen könnten mobile Impfeinheiten dafür eingesetzt werden, spezifische impferne Bevölkerungsgruppen zu erreichen.

TI: Riteniamo adeguata la procedura, nella misura in cui si tratta di un'offerta già implementata nel nostro Cantone. Durante il mese di settembre abbiamo in effetti sperimentato la vaccinazione "on the road", con una postazione mobile che ha toccato tutto il territorio in maniera capillare e mirata a gruppi di popolazione diversificati, dalle zone urbane alle regioni discoste, dai lavoratori nei comparti industriali, alla clientela dei centri commerciali, agli studenti delle scuole superiori. In 28 tappe, ampiamente pubblicizzate attraverso i media, sono state somministrate mediamente 128 vaccinazioni al giorno, grazie anche all'incremento di interesse suscitato durante questo periodo dalla decisione del Consiglio federale di estendere l'impiego del certificato COVID. Ora è in corso la ripetizione del medesimo tour, aperto comunque non solo alle seconde dosi. A garanzia di un'adeguata presa a carico in caso di effetti secondari, il team di vaccinazione comprende tra l'altro un'équipe di tre collaboratori dei servizi ambulanza, di cui un medico.

Riteniamo sproporzionato e ingiustificato moltiplicare questa esperienza in ragione di un servizio mobile ogni 50'000 abitanti, corrispondenti dunque a sette unità per il Canton Ticino, che dovrebbero essere attive per nove ore, sei giorni alla settimana durante sei settimane. Per la parte di consulenza e informazione, che verrebbe finanziata dalla Confederazione, dopo tutte le azioni già svolte, occorrerebbe personale altamente professionale e formato in materia per sperare di persuadere la popolazione ancora in dubbio. Tutto questo personale è estremamente difficile da reperire e risulterebbe comunque in gran parte sottooccupato. Potremmo quindi semmai immaginare una nuova azione di prossimità in termini assai più ridotti, con al massimo un paio di équipe mobili, che spostino la propria sede anche durante una stessa giornata e che potrebbero così raggiungere gruppi target più mirati rispetto a quanto fatto finora.

VD: Au vu des actions déjà entreprises, le canton de Vaud dispose de recul sur une telle action. Ces dernières semaines ont démontré que les ressources déployées étaient trop importantes au regard du résultat obtenu. En outre, il a été constaté qu'il convient de rester plusieurs jours sur un même site pour que les personnes affluent, suite au bouche-à-oreille.

Pour répondre à la consultation, le nombre d'unités mobiles envisagées pour le canton de Vaud est trop important. Il convient de tenir compte des expériences déjà réalisées au sein de chaque canton et laisser ceux-ci dimensionner le dispositif en fonction de leur expérience respective.

Le canton a-t-il des améliorations à proposer ? Oui.

Il convient de pouvoir identifier et proposer des unités mobiles dans les lieux où le taux de vaccination reste comparativement bas.

VS: Partiellement.

Le canton du Valais estime que la démarche proposée ici ne tient pas suffisamment compte des démarches déjà entreprises ou en cours, ni du manque de personnel pour assumer ces tâches supplémentaires. Depuis le début de la campagne de vaccination, le Valais a œuvré dans le but de mettre à disposition des possibilités de vaccination sur l'ensemble du territoire cantonal (centres de vaccination, cabinets médicaux, pharmacies). Des unités de vaccination mobiles ont également été

prises en place en fonction des besoins ponctuels. Elles poursuivent actuellement leurs actions dans les communes et les écoles, avec un succès de plus en plus faible. La promotion de la vaccination repose ainsi sur de multiples outils qui ont tous fait leurs preuves.

Compte tenu de ce qui précède, nous sommes d'avis que le soutien financier de la Confédération devrait prendre en compte l'intégralité des moyens mis en œuvre, et pas uniquement les équipes de vaccination mobile.

Par conséquent, nous proposons que la Confédération donne aux cantons des objectifs en termes de vaccination par classes d'âges, et que les cantons définissent eux-mêmes les meilleurs moyens de mise en œuvre en fonction des spécificités cantonales.

Si au contraire la Confédération estime qu'il est indispensable de mettre l'accent sur des équipes mobiles, le soutien de l'armée sera nécessaire car le personnel manque (en tout cas en Valais). Le canton du Valais mobilise déjà beaucoup de ressources dans la vaccination qui sont nécessaires pour maintenir l'exploitation des centres de vaccination. À cela s'ajoutent les besoins en personnel pour le testing, le contact tracing, la hotline covid et pour l'émission des certificats COVID. De plus, au vu de la situation qui semble se dégrader dans les établissements médico-sociaux, nous souhaitons assurer des ressources suffisantes en prévision des vaccinations de rappel à administrer prioritairement auprès des personnes âgées et vulnérables. Ces boosters devraient également être administrés durant la même période que la mesure proposée, soit avant la fin de l'année.

ZH: Der Kanton Zürich setzt mit Impfmobilien und Impftram bereits auf mobile Impfmöglichkeiten. Auch Personen an peripheren Lagen haben damit die Möglichkeit, einfach an eine Impfung zu gelangen. Gerade von Gemeinden mit tieferen Impfquoten werden die vier Impfmobile des Kantons Zürich gut gebucht. Die Kantone kennen die Situation vor Ort und sollen das Angebot an Impfbussen selbst bestimmen können. Das Konzept des Bundes ist angesichts der Mittelknappheit beim Gesundheitspersonal zurzeit nicht umsetzbar. Aufwand und Ertrag für die 30 vom Bund für den Kanton Zürich vorgesehenen mobilen Impfeinheiten stehen in keinem vernünftigen Verhältnis.

5. Erachtet der Kanton den Vorgehensvorschlag «Individuelle Information» als sinnvoll und gibt es Verbesserungsvorschläge?

AG: Gemäss der Tabelle in Ziffer 2.5 müsste der Kanton Aargau 137 Berater einsetzen, was einen enormen Aufwand bedeutet, sofern überhaupt ausreichende Ressourcen rekrutiert werden können. In der vom Bund in Aussicht gestellten Entschädigung von Fr. 60.–/Stunde sind die Kosten für die Infrastruktur, die Planung, die Rekrutierung, die Ausbildung und das Projektmanagement nicht eingerechnet. Die individuelle Information ist sodann nur effizient, wenn der Empfänger einer Botschaft zur Zielgruppe gehört und der Absender der Botschaft glaubwürdig ist. Ein Agieren nach dem Giesskannenprinzip ist zu vermeiden (siehe auch die Ausführungen in der Antwort zur Frage 2).

Lösungsansatz: Der Regierungsrat schlägt eine prozentuale Vergütung basierend auf der prozentualen Umsetzung durch den Kanton vor.

AI: Ein niederschwelliges Informations- und Beratungsangebot ist sicherlich richtig und wichtig, damit die Impfentscheidung fundiert getroffen werden kann.

Eine aktive telefonische Kontaktaufnahme oder ein persönliches Ansprechen kann als aufdringlich empfunden werden und ablehnende Haltungen weiter festigen.

Die Meinungen in der Bevölkerung sind weitgehend gemacht. Es besteht Gefahr, dass die direkte Kontaktaufnahme kontraproduktiv wirkt. Daher lehnt die Standeskommission diese Massnahme entschieden ab.

AR: Ja. Individuelle Informationen erachtet der Regierungsrat als zwingend notwendig. Damit können Personen erreicht werden, die von der allgemeinen Kampagne des Bundes und der Kantone nicht angesprochen wurden. Offen bleibt in den Ausführungen des Bundes, wie verhindert

werden kann, dass bereits geimpfte Personen unnötig kontaktiert werden. Ein Vorbehalt sieht der Regierungsrat, wie bei Frage 4, in der Ressourcenfrage, da unter anderem in Appenzell Ausserrhoden die personellen und medizinischen Ressourcen bereits sehr ausgeschöpft sind.

BE: Nein, die individuelle Information, wie sie hier vorgeschlagen wird, können wir nicht unterstützen: Die Kontaktierung ist, nebst der Frage inwieweit die kantonalen Behörden die Telefonnummern kennen, mit datenschutzrechtlichen Herausforderungen verbunden. Personendaten dürfen nur zu dem Zweck bearbeitet werden, der bei der Bearbeitung angegeben wurde, aus den Umständen ersichtlich oder gesetzlich vorgesehen ist (im Bund: Art. 4 Abs. 3 DSG, im Kanton Bern: Art. 5 Abs. 4 KDSG). Für die Identifikation der ungeimpften Bevölkerung bräuchte es zudem eine Schnittstelle zur jeweiligen Impfdatenbank. Auch dafür bräuchten die Kantone eine entsprechende Rechtsgrundlage, deren übergeordnete Grundlage vom Bund bereitzustellen wäre. Die Alternative, alle Personen unabhängig von ihrem Impfstatus zu kontaktieren, erachten wir als äusserst ineffizient und möglicherweise gar kontraproduktiv. Weitere Fragen stellen sich betreffend Beratungspersonen: Wer vollzieht die Rekrutierung und wo sind diese angestellt? Wie ist die Aufgabe der Beratungspersonen genau definiert und welches Profil müssen diese aufweisen? Die Rekrutierung der nötigen Beraterinnen und Berater erachten wir überdies als äusserst herausfordernd in der kurzen Frist.

Insgesamt erscheint uns diese Massnahme unausgegoren und wir lehnen sie ab.

BL: Siehe unsere Bemerkungen unter «weitere Kommentare».

BS: Ja. Es bestehen bereits breite kantonale Strukturen zur Förderung der Impfung, welche den strukturellen Erfordernissen angepasst sind. Ein allgemein zur Beratungsförderung verwendbarer finanzieller Beitrag dürfte hier einen zusätzlichen Nutzen erbringen.

FR: Cette manière d'informer peut-être ressentie comme agressive et intrusive par la population et amener un effet contraire à celui recherché. Le canton de Fribourg estime qu'une information plus ciblée, préparée avec des leaders d'opinion et des multiplicateurs serait plus efficace et mieux perçue. La période choisie n'est pas adéquate en raison des campagnes visant le changement d'assurance maladie.

L'OFSP devrait essayer de développer des outils de communication sur les réseaux sociaux et qui pourraient être adaptés aux cantons (application covid).

NE : La démarche telle que prévue n'est pas judicieuse pour les raisons ci-dessous :

- Comme il n'est pas possible de connaître l'état vaccinal des personnes, un énorme gaspillage de ressources est d'ores et déjà programmé, puisqu'il faudra contacter environ 8 personnes pour entrer en contact avec une personne non vaccinée.

- En raison du démarchage téléphonique permanent subi par la population, un grand nombre d'appels seront mal acceptés, ce qui générera un mécontentement grandissant dans la population. Ce risque sera accentué par la période propice aux démarchage en lien avec la LAMAL.

- L'intrusion massive dans la sphère privée aura pour conséquence un renforcement des avis anti-vaccination, comme le montrent les premières réactions suite aux annonces faites par le Conseil fédéral. De plus, il ne faut pas négliger le risque d'agression verbale et physique encouru par les conseillers.

Nous soutenons néanmoins un effort d'information, sur le terrain, en favorisant une relation de qualité se basant sur les approches de marketing social, stratifiée en fonction des groupes-cibles et se basant sur une communication structurée (cf. remarque précédente).

GE: Très partiellement d'accord.

Nous ne partageons pas l'avis que du démarchage téléphonique massif de nouveaux candidats aux vaccins soit une piste prometteuse. Il nous semble délicat, du point de vue du secret professionnel, de donner aux démarcheurs des listings de personnes en fonction de leur statut

vaccinal. En revanche le canton a mis en place des mesures de promotion avec l'aide de la Croix Rouge genevoise et des unités sont allées sur le terrain au-devant des populations plus fragiles en leur offrant un accès facilité à la vaccination. Par ailleurs la Direction générale de la santé réoriente, quand la situation le permet, son dispositif d'enquête vers la promotion de la vaccination auprès des personnes mises en quarantaine. Pour ces éléments-là, le canton pourrait bénéficier de ressources financières supplémentaires pour continuer de déployer des équipes auprès des populations les plus fragiles.

GL: Wir gehen eher davon aus, dass bereits genügend Angebot vorhanden sind. Einerseits erachten wir es als nicht zielführend, bei der aktuell eher aufgeheizten Stimmungslage der Bevölkerung quasi «von Tür zu Tür» zu tingeln. Andererseits wären die für die «individuelle Information» vorgesehenen finanziellen Mittel unseres Erachtens sinnvoller eingesetzt, wenn die Impfberatung beim Hausarzt gratis für die Beratenen wären. Hausärzte sind diejenigen, die am besten Bescheid wissen über Impfungen. Auf die Schnelle wird es nicht möglich sein, genügend geschultes Personal zu rekrutieren.

Gibt es Verbesserungsvorschläge?

Der Bund könnte beispielsweise eine zentrale Impfberatungs-Stelle (telefonisch oder per Mail erreichbar) einrichten.

GR: Ja, allerdings ist dabei sicherzustellen, dass die Beratung für sämtliche Bevölkerungsgruppen und nicht nur für Personen mit Migrationshintergrund gewährleistet ist.

JU: Cette idée n'est pas soutenue par le Gouvernement jurassien pour plusieurs raisons. Tout d'abord, elle pourrait poser un problème de protection des données. De plus, il s'agit d'une démarche active qui pourrait être très mal accueillie chez les personnes réticentes que cela soit par téléphone ou en mode porte-à-porte. Il s'agirait donc d'avoir des personnes très bien formées sur le plan des connaissances scientifiques, mais également pour pouvoir désamorcer d'éventuels conflits. Il sera donc très difficile de trouver des volontaires formés en si peu de temps. Le Gouvernement estime que cette mesure pourrait être contreproductive en augmentant la tension ambiante tout en étant difficile à mettre en œuvre.

LU : Mit Vorbehalten.

Auch hier beantragen wir, dass der Bund die Kantone unabhängig von bestimmten Vorgaben betreffend die Anzahl Beratungspersonen unterstützt. Der Bedarf ist in den Kantonen sehr unterschiedlich und es darf auch nicht ausser Acht gelassen werden, dass es sehr schwierig oder gar unmöglich sein würde, zeitgerecht das vom Bund geforderte qualifizierte Personal zu rekrutieren (Kanton Luzern 82 Personen).

Der Vorschlag ist auch wenig durchdacht. So wird gefordert, dass der Kanton dafür sorgen muss, «dass die eingesetzten Personen auf das gesamte Kantonsgebiet verteilt sind und der persönliche Kontakt nach Möglichkeit nur einmal durchgeführt wird, zum Beispiel telefonisch oder persönlich». Offenbar geht der Bund davon aus, dass die Kantone eine Liste mit den Namen, Adressen und Telefonnummern der ungeimpften Personen führt und diese den Beraterinnen und Beratern zur Verfügung stellt. Die Kantone haben aber keine Übersicht über die ungeimpften Personen und keine Listen, wer geimpft ist und wer nicht. Und selbstverständlich wäre das auch datenschutzrechtlich nicht zulässig.

OW: Wir erachten die Umsetzung dieses Vorschlags in unserem Kanton als wenig realistisch, er entspricht nicht der lokalen Kultur. Auch hier stellen wir in Frage, ob genügend qualifizierte Personen kurzfristig zu finden sind, welche diese Aufgaben wahrnehmen würden.

Verbesserungsvorschläge: Lokale Gegebenheiten berücksichtigen und eher lokale Botschafter/Testimonials verwenden. Impfbefürwortet brauchen eine Stimme. Impfgegner oder Skeptiker sind bereits sehr laut und präsent.

SG: Wir unterstützen Anstrengungen, individuelle Informationen zu verstärken. Wir gehen davon aus, dass aus Datenschutzgründen keine gezielte Kontaktaufnahme mit Ungeimpften möglich ist und folglich sechs von zehn kontaktierten Personen bereits geimpft sind.

Mit einer zu aufdringlichen, telefonischen Kontaktaufnahme jeder Einwohnerin und jedes Einwohners besteht die Gefahr, dass noch nicht Geimpfte einen noch grösseren Widerstand gegen die Impfung entwickeln. Viele wollen einfach noch zuwarten und lassen sich vom Staat nicht drängen.

Alternativ sollte es gezielt eine Impfberatungspflicht vor einem Freizeit-Schnelltest geben. Diese Impfberatung müsste der Bund übernehmen. Dazu wäre dann aber geschultes Personal mit medizinischen Hintergrund nötig.

Die Vorgabe des Bundes in Bezug auf das Mengengerüst als Voraussetzung für eine Finanzierung lehnen wir ab.

SH: Covid-19 ist seit dem Frühjahr 2020 das dominierende Thema in der Gesellschaft. Auch wurde das Thema Impfungen intensiv in den Medien, Diskussionen und Veranstaltungen thematisiert. Der Bund sollte hier die nationalen Medien mehr einbinden, um ausgewogen über das Thema zu informieren. Zuletzt scheint der Aufwand im Verhältnis zum ungewissen Erfolg der "individuellen Information" in keinem Verhältnis. Hat der Bund hierzu aus einem Pilot Erfahrungen sammeln können, bevor er dies auf die Kantone auszuweiten gedenkt?

SO: Wir erachten die Information der Bevölkerung als sinnvoll, betrachten das vorgeschlagene Vorgehen aber als nicht praktikabel und zielführend. Eine persönliche Ansprache via Anschreiben oder die Verteilung von Informationsmaterial kann erfolgreich sein. Unsere Erfahrungen mit Direktanschreibungen in Zusammenarbeit mit den Gemeindebehörden waren bisher zielführend. Einen direkten persönlichen Kontakt, telefonisch oder via Hausbesuche, erachten wir jedoch als zu aggressiv und nicht unseren kulturellen Gegebenheiten entsprechend. Aus Sicherheitsüberlegungen wollen wir das Personal nicht exponierten Situationen bei Hausbesuchen aussetzen. Telefonanrufe sind diesbezüglich zwar ungefährlich, aber deren Wirksamkeit ist fraglich, da die Zielbevölkerung (eher jüngere Personen) kaum via Festnetz erreicht werden kann. Für die gezielte Kontaktaufnahme nicht geimpfter Personen ist keine genügende Rechtsgrundlage vorhanden. Entsprechend müssten aus Datenschutzgründen alle Personen kontaktiert werden, obwohl dreiviertel bereits geimpft sind.

SZ: Grundsätzlich ist es denkbar, dass gewisse Personen durch individuelle Informationen überzeugt werden können, sich impfen zu lassen. Die Impfkation in der Schweiz dauert nun aber bereits 9 Monate, seit 4 Monaten steht die Impfung der gesamten Bevölkerung frei. Es ist zu bezweifeln, dass nach einer so langen Zeit mit intensiver medialer Berichterstattung ein Mangel an Information bei den nicht-geimpften Personen ausschlaggebend ist. Um mit individueller Beratung erfolgreich zu sein, ist zudem das Vertrauen in die beratende Person zentral. Es müsste sich dabei also um geschulte Fachpersonen handeln. Wir gehen davon aus, dass die Arztpraxen und Apotheken vor Ort diesen Auftrag bereits jetzt gut umsetzen. Eine anonyme Information etwa via Call-Center ist demgegenüber wenig erfolgsversprechend.

Zudem ist zu betonen, dass ein grosser %-Satz der zur Impfung zugelassenen Bevölkerung bereits geimpft ist - ein breitflächiges Ansprechen der Gesamtbevölkerung ist vor diesem Hintergrund sehr ineffizient und würde zu viel Verärgerung und Frustration führen.

TG: Es ist staatspolitisch unangebracht, dass der Staat flächendeckend bei den Bürgerinnen oder Bürgern an der Haustüre klingelt – dies widerspräche der politischen Kultur der Schweiz diametral. Zudem würde eine solche Aktion angesichts der aufgeladenen Stimmung einen Gegendruck bei den impfkritischen Teilen der Bevölkerung bewirken und zur Frontenbildung zwischen Impfbefürwortern und Impfskeptikern beitragen. Eine individuelle Information erachten wir daher als kontraproduktiv. Hingegen können wir uns vorstellen, dass bestehende Beratungsangebote für Sexarbeiterinnen und die Migrationsbevölkerung durch eine gezielte Impfberatung ergänzt werden

– allenfalls kombiniert mit gezielt eingesetzten mobilen Impfeinheiten.

Zu beachten ist zudem, dass individuelle Informationen regelmässig zu Gefahrensituationen vor Ort führen dürften. Zudem würden hunderttausende Personen kontaktiert, die bereits geimpft sind und sich fragen würde, was eine solch individuelle Konsultation soll. Datenschutzrechtlich ist es überdies problematisch, wenn der Staat – und sei es auch nur unsystematisch – mittels Hausbesuche oder Telefonanrufen Daten darüber sammelt, welche Personen geimpft sind und welche nicht.

TI: Sosteniamo di principio questa misura. Tuttavia l'informazione individuale attiva in ragione di un consulente ogni 5000 abitanti, pari a 70 operatori per il Canton Ticino, conoscerebbe il medesimo problema di reperibilità di personale altamente competente in materia, necessario per sperare in un certo successo. Tre telefonate su quattro sarebbero inoltre rivolte a cittadini già vaccinati, ritenuto peraltro che per ragioni di protezione dei dati personali non sarebbe verosimilmente possibile effettuare una selezione a priori. Per ovviare a questo inconveniente, chiediamo che siano istituite adeguate basi legali federali per allestire e conservare un registro delle persone vaccinate. D'altra parte la misura verrebbe perlopiù percepita come eccessivamente invadente da buona parte di chi non è vaccinato.

Anche la stima del tempo di impiego per ogni operatore appare poco attendibile: quattro settimane per sette giorni e otto ore al giorno per contattare 5000 persone corrispondono, al netto della quota parte di utenti già vaccinati, a quasi un'ora e mezza a telefonata.

Rileviamo infine che a tutte le persone di più di 70 anni abbiamo già inviato una lettera con l'invito a vaccinarsi al momento dell'apertura della campagna alla loro rispettiva categoria. La popolazione può inoltre far capo a materiale informativo e rivolgersi a servizi di informazione e consulenza specifici, attraverso il numero verde e la hotline cantonale. Abbiamo svolto azioni di sensibilizzazione mirate anche nei confronti delle comunità straniere presenti sul territorio.

VD: Le canton de Vaud n'adhère pas à l'idée d'appeler au téléphone, voire même se déplacer auprès des citoyennes et citoyens non vaccinés. Ces démarches revêtent un caractère trop intrusif. Néanmoins, la démarche d'information individuelle est intéressante à coupler avec une analyse ciblée des populations non vaccinées. Des courriers pourraient être adressés à des communes, des associations socio-culturelles ou régionales en proposant une mise à disposition de ressources mobiles.

Le canton a-t-il des améliorations à proposer ? Oui.

En fonction du taux de vaccination cantonal et des efforts déjà consentis, la mise sur pied d'un conseiller pour 5'000 habitants (8h/j – 7j/7j – 4 semaines) est disproportionnée.

Le nombre de conseiller-ères envisagé-e-s pour le canton de Vaud dans la consultation est trop important. Il convient de tenir compte des expériences déjà réalisées au sein de chaque canton et laisser ceux-ci dimensionner le dispositif en fonction de leur expérience respective.

VS: Le canton du Valais estime que les informations sur la vaccination sont disponibles en quantité suffisante et faciles d'accès. Toute personne hésitant à se faire vacciner peut se renseigner de multiples façons. Une telle démarche est difficile à mettre en œuvre et nécessite des moyens très importants qui ne peuvent être fournis dans des délais courts en Valais. Quant au potentiel d'efficacité, il demeure vraisemblablement faible. À ce stade, les personnes non vaccinées sont majoritairement celles qui ne peuvent pas se faire vacciner pour des raisons médicales ou des personnes opposées à la vaccination.

De plus, compte tenu du pourcentage de la population déjà vaccinée et en prenant en compte le fait que les cantons ne disposent pas des informations concernant le statut vaccinal de sa population, il est trop tard pour effectuer un tel démarchage qui risque d'avoir un effet négatif et un taux d'efficacité très faible proportionnellement aux moyens mis en œuvre. En effet, la plupart des appels aboutiront auprès de personnes déjà vaccinées ou réfractaires à la vaccination, ce qui générera un fort mécontentement de part et d'autre.

En guise d'alternative et si la Confédération soutient cette démarche, nous proposons qu'elle soit mise en place de manière concertée au niveau national et assurée par la Confédération.

ZH: Der Kanton Zürich bietet bereits eine Impfhilfe in verschiedenen Sprachen an. Viele heute noch nicht geimpfte Personen dürften nur schwer von der Impfung zu überzeugen sein. Diese Überzeugungsarbeit ist sehr anspruchsvoll und nur mit einem grossen Einsatz an medizinisch und kommunikativ geschultem Personal zu bewerkstelligen. Bei 76% Erstimpfungen bei Personen ab zwölf Jahren und damit hoher Impfquote im Kanton Zürich wäre mit einem grossen Leerlauf zu rechnen, wenn Personen individuell und ohne Kenntnis von deren Impfstatus kontaktiert werden müssen. Eine Kontaktaufnahme mit ausschliesslich ungeimpften Personen fällt aus Gründen des Datenschutzes ausser Betracht. Auch bei dieser Massnahme vermag die mutmassliche Erfolgsquote den Aufwand nicht zu rechtfertigen. Diese ist noch weit personalintensiver als der Betrieb der Impfmobile, und es wird nicht möglich sein, innert kürzester Zeit das geeignete Personal zu finden. Zusätzlich erschwert würde die individuelle Information durch das zunehmende Aggressionspotenzial in Teilen der Bevölkerung, dem die Beraterinnen und Berater ausgesetzt wären. Solche Haustürbesuche sind auch aus sicherheitspolizeilichen Gründen (Einbrüche, Bandenkriminalität usw.) nicht zu verantworten. Haustürbesuche sind deshalb klar abzulehnen; sie würden überdies einen unverhältnismässigen Eingriff in die Privatsphäre der Besuchten darstellen. Zudem ergibt Informationsarbeit in erster Linie dort Sinn, wo die Leute anschliessend auch geimpft werden können, was bei Besuchen zu Hause nur schon aus logistischen Gründen nicht möglich ist.

6. Erachtet der Kanton den Vorgehensvorschlag «Beratungsgutscheine» als sinnvoll und gibt es Verbesserungsvorschläge?

AG: Gutscheine als Anreizsysteme können Wirkung zeigen. Obwohl mit der Impfprämie wahrscheinlich eine gewisse Wirkung erzielt werden kann, erachtet der Regierungsrat den Ressourcenaufwand für die Prozessdefinition und die Implementierung der Auszahlungs- und Einlösungsprozesse der Beratungsgutscheine als zu hoch. Auch können Personen, die die Impfung ihren Freunden und Kollegen bereits erfolgreich empfohlen haben, dies als unfair erachten.

Es ist zudem fraglich, ob für diese Massnahme überhaupt eine Rechtsgrundlage besteht.

AI: Die Ständekommission lehnt diese Massnahme entschieden ab. Die Impfentscheidung soll nicht aufgrund monetärer Anreize gefällt werden. Zielführender wäre, wenn das Geld in eine bessere Entschädigung für die Beratungs- und Impftätigkeit der Hausärztinnen und Hausärzte investiert würde.

Es ist weiterhin essentiell, dass die Bevölkerung darüber informiert wird, dass ohne eine genügend hohe Impfquote die Gesundheitsversorgung bei einer erneuten Welle an ihre Kapazitätsgrenzen stossen kann und so die Versorgung - insbesondere auf den Intensivpflegestationen - sowohl für COVID-19- als auch Nicht-COVID-19-Patientinnen und -Patienten - nicht jederzeit garantiert werden kann.

AR: Nein, der Regierungsrat lehnt den Vorgehensvorschlag der Beratungsgutscheine ab. Er hält es für den falschen Weg die Impfquote über monetäre Anreize erhöhen zu wollen.

BE: Nein, die Idee der Beratungsgutscheine wird gar nicht unterstützt. Diese Idee ist nicht praktikabel, administrativ aufwändig und schafft falsche Anreize und neue Ungleichheiten zu den Personen, die heute bereits geimpft sind. Es würde ein folgenreicher Präzedenzfall in unserem Gesundheitssystem geschaffen. Zudem wird so der Nutzen der Impfung auf etwas rein Monetäres reduziert, was sich längerfristig als kontraproduktiv erweisen könnte. Im Übrigen scheint zumindest fraglich, ob für die Einführung von «Beratungsgutscheinen» eine genügende gesetzliche Grundlage besteht. Ein Festhalten an der bisherigen Haltung ist glaubwürdiger und schafft Vertrauen. Die Beratungsgutscheine haben dagegen hohes Potenzial noch mehr Gegner zu aktivieren und

Befürworter zu verärgern. Deshalb lehnen wir diese Massnahme dezidiert ab. Die entsprechenden Mittel des Bundes sollten genutzt werden, um den Tarif für Ärzte, Apotheken und Gesundheitspersonal pro Impfung um CHF 50 zu erhöhen. Damit würde ein echter Anreiz für die Verstärkung der Impfkativitäten geschaffen.

BL: Siehe unsere Bemerkungen unter «weitere Kommentare».

BS: Ja. Sofern der Bund die Kosten für die «Beratergutscheine» übernimmt und die Abrechnungsmodalitäten mit den Kantonen praktikabel ausgestaltet werden.

FR: Le canton de Fribourg n'est pas favorable à cette mesure. La démarche est très particulière et peut se retourner contre le but recherché, en induisant une forme de « chantage », pas forcément bien perçu. Par ailleurs, les « récents » vaccinés vont se sentir frustrés et pourrait avoir un effet négatif sur une cohésion sociale déjà mise à mal par la pandémie et les mesures qui en découlent. Nous relevons qu'une telle mesure est également discutable sur le plan éthique. Notons aussi que le fait d rendre les tests payants constitue déjà une incitation financière importante.

GE: Non, mais le Canton de Genève a une contre-proposition: rembourser les sérologies quand elles sont suivies d'une vaccination. La démarche proposée ne paraît pas justifiée et elle n'a fait ses preuves nulle part ailleurs. Nous ne comprenons pas comment elle pourrait être mise en œuvre de façon cohérente. En revanche pour inciter la population à se faire vacciner, le canton propose que la Confédération rembourse les tests de sérologie en cas de vaccination effective ultérieure. Une étude menée récemment a montré l'importance du résultat d'une sérologie dans la prise de décision consécutive de se faire vacciner.

GL: Das ist ein Schlag ins Gesicht all derjenigen, die sich bereits haben impfen lassen. Zudem ist eine monetäre Entschädigung bzw. Belohnung für einen Akt der Solidarität unschweizerisch. Der Impfscheid soll individuell frei von äusseren Zwängen und frei von finanziellen Anreizen getroffen werden.

Gibt es Verbesserungsvorschläge?

Die für diese Massnahme vorgesehenen Mittel wären für die Entschädigung der Hausärzte für eine intensivierete Aufklärungs-/Beratungsoffensive oder für eine nationale Impfberatungs-Hotline sinnvoller eingesetzt.

GR: Grundsätzlich ja, zumindest sollte ein Versuch damit gestartet werden, auch wenn solche Systeme in anderen Ländern nicht funktioniert haben.

Wird dieser Ansatz dennoch weiterverfolgt, sollten anstelle des Gutscheins oder ergänzend dazu auch kostenlose Antikörperbestimmungen angeboten oder Gutscheine könnten direkt an Geimpfte (z.B. unter 25 Jahren) abgegeben werden.

JU: Il s'agit d'une mesure difficile à mettre en place et à contrôler. Par ailleurs, elle pose un problème d'égalité de traitement avec toutes les personnes convaincues par des proches et déjà vaccinées. Enfin, sur le fond, la mesure récompense financièrement un conseil aboutissant à un acte médical qui n'est pas obligatoire. Cette mesure pose pour le Gouvernement jurassien un problème éthique et n'est pas propre à faire baisser la tension présente dans la société autour de la question de la vaccination.

LU: Der Vorschlag könnte kontraproduktiv sein, weil er wohl bewirkt, dass bereits jetzt eine grosse Zahl Impfwilliger die Impfung aufschiebt und die Einführung der Beratungsgutscheine abwartet. Die Einführung solcher Beratungsgutscheine hätte dann in der Praxis wohl zur Folge, dass zukünftig jede geimpfte Person eine nahestehende Person angibt, der der Gutschein zugestellt werden soll. Und gemeinsam werden sie diesen dann konsumieren. Zu einer höheren Impfquote

würde er kaum führen. Hingegen hätten die Kantone, welche diesen fälschungssicher ausstellen und administrieren müssten, einen sehr grossen Aufwand.

NE : Pour des raisons tant éthiques que pratiques, nous nous opposons fermement à toute rémunération d'un acte de santé. Cela induirait un précédent très problématique dans les logiques de santé publique. Cela pourrait, par exemple, ouvrir la porte à une marchandisation du don d'organes, de sang, etc.

En outre, dans le cas présent, il s'agirait d'une énorme inégalité de traitement par rapport à toutes celles et ceux qui ont d'ores et déjà réalisé le geste solidaire de se faire vacciner sans être rémunéré-e-s pour autant. De plus, cette proposition pose des problèmes d'application, notamment dans le choix arbitraire des commerces et des établissements publics partenaires.

Comme contre-projet, nous soutenons la proposition formulée dans le cadre de la CLASS pour le développement d'une approche solidaire sous forme de parrainage qui permette au bénéficiaire d'attribuer la « prime » à des programmes de vaccination dans des pays à faible couverture vaccinale ou à des ONG et institutions internationales qui œuvrent dans ce sens (COVAX, UNICEF, OMS). Cela permettrait d'introduire un incitatif moral et d'inscrire un cercle vertueux.

NW: Wir wissen, dass im Ausland finanzielle "Impfbelohnungen" gang und gäbe sind. Der Ansatz passt aber u.E. nicht in die Schweiz. Die Impfwilligen musste man nicht mit einem Gutschein "motivieren", sie taten es aus eigenem Antrieb. Der Ansatz mag vielleicht in Einzelfällen funktionieren, die grosse Masse dürfte es aber kaum zum Umdenken bewegen. Die Zögerlichen, Ängstlichen und Skeptischen werden sich nicht mit einem Kino- oder Restaurantgutschein zur Impfung locken lassen.

OW: Wir befürworten zwar Massnahmen zur Motivation zur Impfung, aber unserer Ansicht nach sind Beratungsgutscheine dazu der falsche Weg. Zum einen ergibt sich so für Impfwillige schnell der Vorwurf der Käuflichkeit und Glaubwürdigkeit, zum anderen stellt sich die Frage der Gleichbehandlung.

Die Massnahme, mit der diejenigen belohnt werden sollen, die einen widerstrebenden Bekannten zur Impfung bewegen, ist nicht nur demagogisch, sondern auch schwer zu kontrollieren und könnte sich als kontraproduktiv erweisen.

SG: Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Ärzteschaft und die Apotheken für die Impfung Fr. 14.50 bzw. Fr. 24.50 erhalten, aber für eine Beratung durch Dritte aus Familie, Freundeskreis und Arbeitsumfeld ein Gutschein an diese Drittpersonen abgegeben werden soll.

Viele noch nicht Geimpfte haben den Entscheid getroffen, dass sie bereit sind, individuelle Nachteile in Kauf zu nehmen und entweder auf Anlässe mit 3G zu verzichten oder für die Tests selbst zu zahlen. Das Thema Impfen ist omnipräsent. Gespräche dazu haben in der Familie und im Freundeskreis stattgefunden. Es ist zu vereinfachend zu meinen, dass sich Menschen jetzt aus ihrem persönlichen Umfeld für eine Prämie von Fr. 50.– zu einer Impfung motivieren lassen. Alle, die sich impfen lassen werden, werden angeben, dass sie von einer nahestehenden Person dazu motiviert wurden, um einen Beratungsgutschein zu erhalten. Die Impfung hat mit Vertrauen in die medizinische Massnahme und in den Staat zu tun und nicht mit einer Prämie.

Zudem ist mit der Gutschein-Lösung ein administrativer Aufwand verbunden, der in Bezug auf den zu erwartenden Output nicht gerechtfertigt ist.

SH: Die Impfung ist gratis und schützt vor schweren Verläufen. Falls dies nicht bei den Menschen ankommt, muss der Bund seine nationalen Kommunikationskanäle besser einbinden. Eine solche "Gutschrift" wirkt unseres Erachtens sogar kontraproduktiv, da die Impfbereitschaft als mit einem geringen Betrag "erkauft" betrachtet werden kann.

Der Betrag sollte besser in die Impfschädigung der Hausärztinnen und Hausärzte investiert werden, damit diese sich noch aktiver in der Impfoffensive engagieren.

SO: Wir erachten das Konzept «Belohnung» als wenig zielführend, wenn nicht gar kontraproduktiv. Wir haben seit der Kommunikation des Bundes zu den Beratungsgutscheinen bereits negative Erfahrungen gemacht, indem eine aggressive Forderungshaltung entstanden ist. Zudem erachten wir den administrativen Aufwand und die Abwicklung als unverhältnismässig. Wir würden befürworten, dass diese finanziellen Mittel des Bundes für innovative Projekte zur Verfügung gestellt werden.

SZ: In der Schweiz wurde bisher stets bewusst auf finanzielle Anreize für die Impfung verzichtet. An diesem Grundsatz sollte festgehalten werden. Eine Einführung einer Beratungsprämie schafft Ungleichheiten mit bereits Geimpften und dürfte bei den impfskeptischen Personen kaum etwas bewirken. Das Vorgehen der Auszahlung an beratende Personen ist zudem sehr missbrauchs anfällig.

TG: Es wäre ein absoluter Hohn, wenn die Impfzögerer zu monetärer Belohnung Dritter führen würde. Die Anreize würden dahingehend falsch gesetzt, dass kritische Personen möglichst lange warten sollten, weil der Staat dereinst eine Belohnung für solidarisches Handeln ausrichten wird. Vielmehr sollte der Bundesrat darum besorgt sein, dass impfende Leistungserbringer (Ärztinnen und Ärzte sowie Apothekerinnen und Apotheker) kostendeckende Tarife haben, die einen echten Anreiz bieten. Die Leistungserbringer wirken als Multiplikatoren.

TI: Questa misura è un incentivo indebito che influisce negativamente sulla libera scelta e sul diritto all'autodeterminazione, svilendo la tanto declamata necessità di informazione completa e di consulenza personalizzata nell'ottica di una decisione consapevole. Pagare per vaccinarsi è problematico anche sul piano etico, tant'è che alla stessa stregua non vengono accettati compensi per le sperimentazioni su volontari sani, per la donazione di organi e nemmeno del sangue, in quanto ne risulta una sorta di compravendita del corpo. Questa criticità viene aggirata, non senza una certa ipocrisia, proponendo di pagare non chi si sottopone alla vaccinazione, ma solo chi lo avrebbe convinto. Temiamo questo possa semmai generare inutili discussioni, alimentando la frattura fra le differenti opinioni sul tema, con il rischio concreto di fomentare la litigiosità.

VD: La démarche est difficilement acceptable pour les personnes qui se sont déjà faites vacciner et par conséquent génératrice de divisions sociales, quand bien même elle pourrait avoir une incitation positive à la vaccination.

Le canton a-t-il des améliorations à proposer ? Oui.

En lieu et place de cette « prime de 50 CHF », le canton propose une stratégie visant

- à offrir une sérologie chez les personnes hésitantes afin de déterminer leur taux d'immunité. Les personnes avec des anticorps seront certainement plus motivées à se vacciner si elles n'ont qu'une dose à faire

- à favoriser une approche solidaire qui permette au bénéficiaire d'attribuer une « prime » à des programmes de vaccination dans des pays à faible couverture vaccinale ou à des ONG et institutions internationales qui œuvrent dans ce sens (COVAX, UNICEF, OMS).

VS : Une telle démarche risque d'être mal perçue par la population et de ternir l'image de la campagne d'incitation à la vaccination. De plus, elle est discriminatoire envers les personnes déjà vaccinées.

Il faudrait plutôt favoriser la prise en charge des coûts des tests sérologiques effectués avant la vaccination. En fonction du résultat, les personnes ayant déjà été en contact avec le virus pourraient se voir administrer une seule dose de vaccin au lieu de deux, ce qui peut constituer une incitation ciblée à la vaccination.

ZH: Der Entscheid für eine Impfung betrifft die geimpfte Person in ihrer körperlichen Integrität und ist persönlich. Es sollen keine anderen Personen finanziell davon profitieren. Der monetäre Anreiz zur Impfung gibt nach Ansicht des Kantons Zürich die falsche Signalwirkung. Er könnte sich mit

Blick auf die Covid-Auffrischungsimpfungen oder künftig notwendige Impfungen als kontraproduktiv erweisen, wenn bestimmte Personen in der Erwartung eines finanziellen Anreizes mit dem Impfen zuwarten, bis eine Entschädigung in Aussicht gestellt wird. Auch ist anzunehmen, dass diese Massnahme Spaltungstendenzen in der Gesellschaft erhöhen würde.

Der finanzielle und zeitliche Aufwand für die Ausgabe der Gutscheine wäre sehr gross. Stattdessen könnte eine schweizweit angemessene Entschädigung durch den Bund und die Krankenversicherer viel dazu beitragen, die Ärzteschaft und die Apotheken wieder vermehrt für das Impfen zu gewinnen. Bei der Abgabe von Informationen an Ungeimpfte nehmen Hausärztinnen und Hausärzte sowie Apotheken eine sehr wichtige Rolle ein.

7. Ist der Kanton einverstanden, die Auszahlung des finanziellen Beitrags mehrheitlich erst im Jahr 2022 zu erhalten?

AI: Sofern die Massnahmen trotz der ablehnenden Haltung der Ständekommission durchgeführt werden sollten, müssten aus buchhalterischen Überlegungen die Beträge bis spätestens Ende Dezember bekannt sein.

AR: Ja, aber unter dem Vorbehalt, dass der Regierungsrat die Beratungsgutscheine klar ablehnt. Weiter muss noch genauer definiert werden, wie die Auszahlung an die Kantone abläuft, wie die Kantone ihre Aufwände deklarieren müssen und für welchen Zeitraum die finanzielle Unterstützung gewährt wird. Der Regierungsrat empfiehlt zudem eine möglichst unkomplizierte und schnelle Abwicklung der Auszahlungen.

BL: Soweit die Impf-Offensive vollumfänglich vom Bund finanziert wird.

FR: Vue que le canton de Fribourg soutient que la semaine nationale de la vaccination, les montants sont faibles. Cependant, si les autres mesures sont introduites, le canton de Fribourg demande plus de détail sur le financement.

GE: Les critères devront être simples et rapides et ne pas entraîner une nouvelle surcharge administrative pour les cantons.

GR: Sofern nicht anders möglich, sind wir damit einverstanden.

NE : Nous demandons un modèle de financement mixte, soit 50 % décidé en 2021 déjà sur les moyens engagés dans le cadre d'un programme approuvé et 50 % à suivre selon résultats obtenus.

TG: Die finanzielle Abgeltung allfälliger vom Bund vorgegebener Massnahmen muss 2021 erfolgen, da die Ausgaben auch im laufenden Jahr anfallen.

TI: Ribadiamo che il Cantone ha messo in atto, nei limiti delle sue competenze, quanto giudicato ragionevole e proporzionato per favorire l'incremento del tasso di vaccinazione, senza lasciarsi condizionare da aspetti di natura finanziaria, ben consapevole dell'importanza dell'obiettivo. Ovviamente eventuali contributi finanziari della Confederazione restano benvenuti ed anche attesi in diversi ambiti (cfr. l'ultima risposta).

VD: L'indemnisation des cantons est à réaliser selon le principe de l'effectivité du déploiement des démarches (et donc des coûts), selon les principes comptables : Dépenses 2021 -> Financement 2021.

VS: Nous sommes d'avis que les montants prévus pour les piliers 2 et 3 devraient être versés aux cantons pour la mise en place de mesures spécifiques et individuelles, et non pas uniquement pour

la mise en œuvre des mesures précitées qui ne sont pas toujours adaptées aux spécificités cantonales.

Ce financement peut également être conditionné à l'atteinte d'objectifs en termes de taux de vaccination parmi les différentes classes d'âges, à condition que ces taux soient réalistes en tenant compte des indications mentionnées en introduction.

ZH: Aus den Unterlagen des Bundes ist nicht ersichtlich, aus welchen Gründen die Zahlungen an die Kantone erst 2022 erfolgen sollen. Da die Kantone die Leistungen bereits in diesem Jahr erbringen sollen, ist auch eine Entschädigung in diesem Jahr wünschenswert.

8. Wird der Kanton nach aktuellem Wissensstand das Finanzierungsangebot der Pfeiler 1 bis 4 nutzen? Pfeiler 1/ Pfeiler 2 / Pfeiler 3 / Pfeiler 4?

AG:

Pfeiler 1: Kein Finanzierungsangebot ersichtlich.

Pfeiler 2: Nur möglich, wenn prozentuale Vergütung.

Pfeiler 3: Nur möglich, wenn prozentuale Vergütung.

Pfeiler 4: Keine Umsetzung geplant.

AR: Ja, der Regierungsrat wird sich für die Umsetzung der Pfeiler 1–3 einsetzen unter der Voraussetzung, dass die Unterstützung des Bundes ausreichend ist, und unter der Berücksichtigung der Bemerkungen zu den in der Konsultation gestellten Fragen 3–5.

Pfeiler 4 wird der Regierungsrat nicht unterstützen, da er das Vorgehen über monetäre Anreize für den falschen Weg hält.

BE: Der Kanton Bern wird nach aktuellem Wissensstand die Pfeiler 1 und Pfeiler 2 nutzen.

BL: Siehe unsere Bemerkungen unter «weitere Kommentare».

BS: Alle vier Pfeiler, wenn die noch ausstehenden Detailmodalitäten dies möglich machen.

FR: Si les autres piliers entrent en vigueur, le canton de Fribourg exige que les coûts engagés n'aillent pas au-delà de l'indemnisation prévue par la Confédération et qu'un suivi de ces derniers soit assuré.

GE: Le cas échéant nous recevrons un soutien pour les équipes mobiles existantes, pour la gratuité des tests de sérologie et pour les éventuelles forces engagées sur le terrain pour convaincre à la vaccination.

GL: Ja, aber wir würden uns natürlich vorbehalten, bestehende Angebote (die durchaus den Pfeilern 1–4 entsprechen), darüber abzurechnen.

Pfeiler 1/ Pfeiler 2 / Pfeiler 3 / Pfeiler 4?

Pfeiler 1 Ja / Pfeiler 2 und Pfeiler 3 in Kombination / Pfeiler 4 auf keinen Fall.

GR: Tendenziell eher nur die Pfeiler 1, 2 und 3. Pfeiler 4 müsste noch genauer evaluiert werden.

JU: Oui pour le pilier 1, probablement oui pour le pilier 2 mais à confirmer en fonction des conditions finales posées. Pour les piliers 3 et 4 pour lesquels l'avis du Gouvernement jurassien est défavorable cela dépendra de la pratique des cantons voisins et d'une réflexion plus détaillée à l'interne de l'administration cantonale.

LU: Mit den gegenwärtigen Vorgaben müsste der Kanton Luzern wohl auf die meisten Angebote verzichten.

NE : Si les adaptations demandées sont obtenues, le canton fera usage des différentes possibilités de financement.

En revanche, tel que proposé, le pilier n°4 ne sera pas appliqué dans le canton de Neuchâtel.

NW: Pfeiler 1 teilweise
Pfeiler 2, 3 und 4 nein

SG:

– Pfeiler 1: Ja, in den Dokumenten finden sich keine Angaben zum Finanzierungsangebot an die Kantone.

– Pfeiler 2: Nein, unter der Bedingung, dass es für den Kanton St.Gallen zehn mobile Impfstellen geben muss, die für sechs Wochen betrieben werden, ist offen, ob dies in nützlicher Frist unter Einhaltung von qualitativen Standards umsetzbar ist.

– Pfeiler 3: Nein, unter der Bedingung, dass es mehr als 100 Beraterinnen und Berater geben muss mit fachlichem Know-how, um auch inhaltliche Fragen klären zu können, ist offen, ob dies in nützlicher Frist unter Einhaltung von qualitativen Standards umsetzbar ist.

– Pfeiler 4: Nein, wir sind grundsätzlich gegen dieses Angebot und lehnen es entschieden ab. Eine Finanzierung durch den Kanton kommt nicht in Frage.

SO:

Pfeiler 1 - 3: JA

Pfeiler 4: NEIN

Die Voraussetzungen zur Auszahlung sind zum heutigen Stand noch unklar und zu restriktiv. Die tatsächliche Inanspruchnahme wird vom konkreten Ausführungsvorschlag abhängen.

TG: Nein. Pfeiler 1 ist vom Bund zu finanzieren. Die Pfeiler 2–4 lehnen wir ab.

TI: Coerentemente con le considerazioni espresse nelle risposte che precedono, riteniamo che di principio potremmo far capo al supporto previsto per il cosiddetto pilastro 1, non sosterremo in ogni caso il pilastro 4 mentre non potremmo adempiere le esigenze quantitative poste per accedere ai finanziamenti dei pilastri 2 e 3.

Attendiamo comunque le sedute convocate nei prossimi giorni dall'UFSP con i responsabili operativi delle campagne di vaccinazione per meglio comprendere le misure proposte. Avremmo del resto ritenuto opportuno che il piano delle misure ipotizzate fosse abordato con i Cantoni prima di renderlo pubblico.

VD: Se référer aux commentaires respectifs de chaque « pilier ».

VS : Si les mesures présentées dans cette consultation venaient à être mises en œuvre, le canton du Valais suivra les recommandations de la Confédération et utilisera le budget mis à disposition pour la mise en œuvre des démarches. Cependant, à l'heure actuelle nous ne disposons pas des ressources humaines nécessaires pour la mise en place d'équipes de vaccination mobile supplémentaires remplissant les exigences formulées par la Confédération ni pour l'engagement de 69 personnes pour l'information individuelle de la population.

ZH: Sollten die Kantone verpflichtet werden, bei der Umsetzung des Konzepts «Impf-Offensive» mitzuwirken, wird der Kanton Zürich die dafür ausgerichteten Finanzierungsangebote des Bundes nutzen.

9. Gibt es weitere mögliche Massnahmen, die der Kanton als sinnvoll ansehen würde?

AG: Nein.

AI: Nein.

AR: Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass weitere Faktenblätter erarbeitet werden sollten, die sich mit der Impfung in Bezug auf die Nebenwirkungen und die Hospitalisationen beschäftigen. Zudem könnte dabei auch erläutert werden, wie die aktuellen Impfstoffe funktionieren und dass sie nicht gefährlich sind. Die Faktenblätter müssen dabei in möglichst einfacher Sprache, um Personen mit tieferem Bildungsniveau zu erreichen, und in verschiedenen Sprachen verfasst werden. Anstelle der finanziellen Anreize durch Beratungsgutscheine schlägt der Regierungsrat vor, dass der Bund den Impftarif für Hausärzte und Apotheken auf Fr. 50.– erhöht. Dadurch kann die Impfbeteiligung von Hausärzten und Apotheken hochgehalten werden. Denn generell gesehen, sind Hausärzte oder Apotheker als Vertrauenspersonen in der Impffrage die besten Berater, da sie direkt das persönliche Gespräch suchen können und so in den Gemeinden einen entscheidenden Einfluss auf die Meinungsbildung der nicht geimpften Personen haben können. Mit dem Impfstoff «Janssen» von Johnson & Johnson hat der Bund erreicht, dass weitere Personen sich impfen lassen, die den bisherigen mRNA-basierten Impfstoffen kritisch gegenüberstanden oder sich aus gesundheitlichen Gründen nicht mit diesen impfen lassen konnten. Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass sich der Bund um einen weiteren, rein proteinbasierten Impfstoff bemühen sollte, um so Personen, die die Technologie der bisherigen Impfstoffe ablehnen, für eine Impfung zu gewinnen.

BL: Wir schlagen eine landesweite, intensive Medienkampagne vor, um «Impfmythen» anzusprechen, welche die Impfwillingkeit und damit die Steigerung der Imprate behindern. Es kann von Wert sein, den Mythen durch eine Vielzahl von Plakaten und Medienauftritten zu widersprechen.

Siehe: <https://bag-coronavirus.ch/impfung/nebenwirkungen-fragen/>

BS: Spezifisches Informationsmaterial für Jugendliche und junge Erwachsene.

FR: Mise à disposition de moyens de formation pour les personnes engagées par les cantons (MOOK).

Il est incohérent de mettre en œuvre tous les moyens supplémentaires proposés et, en même temps, de procéder au désengagement de la protection civile.

GE: Comme évoqué plus haut, la gratuité de la sérologie si elle est suivie d'un vaccin doit être envisagée.

GL: Ändern der aktuellen Kommunikation Richtung «Inklusion» statt «Exklusion».

Klares Skizzieren von Szenarien zum «postpandemischen Umgang mit COVID», inklusive Definition von akzeptablen Fallzahlen/Opferzahlen.

GR: Die Einführung einer kostenlosen Antikörperbestimmung für die zu testenden Personen über den Hausarzt / die Hausärztin oder im Test-/Impfzentrum.

Darüber hinaus ist die Software für die Anmeldung zu vereinfachen.

JU: La question de la présence scientifique et factuelle sur les réseaux sociaux n'est pas suffisamment prise en compte dans les stratégies fédérale et cantonales. Un effort doit être mis sur ces canaux. Il s'agit de développer une stratégie « médias sociaux » à propos de la vaccination.

LU: Ja.

Es gibt viele Menschen, die auf alternative Impfstoffe warten, weil sie Vorbehalte gegenüber der mRNA-Technologie haben. Bis heute ist aber in der Schweiz nur eine Alternative verfügbar, obwohl es verschiedene gäbe. Und diese ist zudem mengenmässig sehr beschränkt. Unseres Erachtens

könnte die Impfquote nochmals deutlich erhöht werden, wenn genügend und genügend alternative Impfstoffe zeitnah in der Schweiz verfügbar wären.

NE: Le canton de Neuchâtel propose les mesures supplémentaires suivantes :

- Soutenir les cantons pour développer une stratégie de marketing social impliquant les communautés et motivant les personnes à y adhérer ;
- Soutenir financièrement les vaccinateurs ambulatoires (médecins et pharmaciens). Ces personnes ressources pourraient s'impliquer d'avantage, elles sont très proches de la population cible encore non vaccinée. La récente baisse de tarif est notamment jugée contreproductive ;
- Soutenir le parrainage de la vaccination dans les pays défavorisés ;
- Prendre en charge les coûts des tests sérologiques effectués avant la vaccination. En fonction du résultat, les personnes ayant déjà été en contact avec le virus pourraient se voir administrer une seule dose de vaccin au lieu de deux, ce qui peut constituer une incitation ciblée à la vaccination ;
- Envoyer d'une brochure explicative à l'ensemble de la population. Cela permettrait d'informer de manière neutre et sans discrimination (vacciné-e-s et non vacciné-e-s) sur les propriétés, l'efficacité, les risques, les avantages, etc. de la vaccination. De plus, même les personnes déjà vaccinées prendraient conscience d'aspects qui pour certains leur étaient inconnus et pourraient contribuer à la diffusion de ces informations auprès de leurs proches non vaccinés.

NW: Bei den Impfstoffherstellern sollte dringend darauf hingearbeitet werden, dass Einzeldosen für Arztpraxen und Apotheken zur Verfügung stehen. Mit der heutigen Anzahl von Impfdosen pro Vial müssen immer 6 bzw. 10 Impfwillige vorhanden sein.

OW: Wir sind der Ansicht, dass eine Kampagne mit vielen und breit abgestützten Testimonials von einer grösseren Anzahl von Personen sinnvoll ist, denn dadurch kann aufgezeigt werden, dass eine Mehrheit der Personen sich bereits geimpft hat und diese breit in der Gesellschaft verankert sind.

Statt des Beratungsgutscheins für Privatpersonen schlagen wir eine entsprechende Entschädigung von Ärztinnen/Ärzten vor, welche einen direkten Kontakt zu ihren Patientinnen und Patienten für die Beratung und Vermittlung von "individueller Information" haben.

SG: Wir erachten es als absolut notwendig, dass die Ärzteschaft für die Impfung adäquat honoriert wird. Die Ärzteschaft geniesst viel Vertrauen in der Bevölkerung. Im Kanton St.Gallen ist die Unterstützung durch viele Impfpflichtigen und Impfpflichtigen verloren gegangen, weil sie für eine Finanzierung von Fr. 14.50 je Impfung nicht mehr bereit sind zu impfen. Gerade in ländlichen Regionen wären Arztpraxen für die Impfungen eine wichtige Anlaufstelle, die permanent vor Ort ist und nicht nur mit einer Einmalaktion Impfungen anbietet. Auch besteht grosser Unwille, weil Apothekerinnen und Apotheker eine deutlich höhere Entschädigung für eine Impfung erhalten und der Aufwand bei beiden Gruppen gleich hoch ist.

Die finanziellen Anreize sind völlig falsch gesetzt, indem Testungen deutlich besser bezahlt wurden als Impfungen. Der Bund müsste dringend die Finanzierung der Impfungen korrigieren, die Ärzteschaft insoweit zurückgewinnen und die ungleiche Behandlung zwischen Ärzteschaft und Apotheken aufheben.

SH: Prominente Personen / Influencer bekennen Farbe und erklären, warum sie sich impfen liessen.

SO: Ja.

Ein verstärkter nationaler Aufruf zur Erreichung des Impfziels und eine Impfhilfe (vgl. oben). Die Zusammenarbeit mit den Gemeindebehörden soll wesentlich verstärkt werden. Die Einwohnerinnen und Einwohner fühlen sich aus unserer Erfahrung wesentlich stärker auf die Gemeinden bezogen als auf den Kanton oder den Bund. Unsere Erfahrungen haben uns dies bestätigt, die Erhöhung der Durchimpfungsraten in den Gemeinden war erfolgreich. Zudem ist

gemäss unserer Erfahrung eine Kooperation mit Firmen, Verbänden und Institutionen eine weitere Möglichkeit zur Erhöhung der Impfrate. Gesellschaftliche und kulturelle Anlässe sollten in die Impfstrategie eingebunden werden. Alle Stakeholder sollten angehalten sein, die Impfmassnahmen zu unterstützen.

TG: Vgl. Antwort zu den Fragen 3, 4 und 5.

TI: Come più volte affermato, le misure potenzialmente più efficaci sono già in atto da tempo nel nostro Cantone e vengono rivalutate ad intervalli regolari promuovendo se del caso interventi mirati.

Ne approfittiamo però per formulare una suggestione a livello comunicativo che pure potrebbe avere un certo effetto persuasivo: auspichiamo maggiore chiarezza nella pubblicazione dei dati a livello federale riferiti ai decorsi gravi, segnatamente ai casi di ospedalizzazione e di ricoveri in cure intense, suddividendoli tra pazienti vaccinati e non vaccinati. Si tratta di un indicatore semplice e facilmente comprensibile che permetterebbe di dimostrare l'efficacia della vaccinazione sulla base dell'esperienza concreta della casistica ospedaliera.

VD:

- En matière d'évaluation de l'atteinte des résultats pour chaque canton, un dialogue est nécessaire entre l'OFSP et les services de santé cantonaux.
- Il convient également de tenir compte des personnes « guéries » sans symptômes en tenant compte de leurs résultats d'études de séroprévalence.
- Proposer des outils et analyses afin de cibler les actions préconisées (information individuelle et vaccination mobile).
- Mettre un effort sur les relais avec les communautés au niveau fédéral.

VS: Non.

ZH: Dies wird in der nachfolgenden Frage beantwortet.

10. In welchen Bereichen wäre der Kanton um eine Unterstützung seitens des Bundes froh?

AG: Der Regierungsrat würde es sehr begrüssen, wenn der Bund den Kantonen eine reduzierte Umsetzung der vorgeschlagenen Massnahmen anteilmässig finanziert. Dies würde es den Kantonen ermöglichen, die Massnahmen flexibel und ressourcenorientiert anzuwenden. Nach Ansicht des Regierungsrats ist es auf jeden Fall besser, die vom Bund vorgegebenen Massnahmen nur teilweise umzusetzen als gar nicht.

AI: In der Impfwoche soll insbesondere auf die bestehenden Informationen und Hotlines des Bundes aufmerksam gemacht werden. Speziell auch auf die Angebote in den verschiedenen Migrationssprachen.

AR: Im Bereich der zielgruppenspezifischen Information wäre eine zusätzliche finanzielle Unterstützung durch den Bund hilfreich. Durch diese Kommunikation verspricht sich der Regierungsrat vor allem das Erreichen der ländlicheren Bevölkerung. Eine mögliche Variante wäre, dass der Bund mit Testimonials arbeitet, d.h. bekannte und von bestimmten Bevölkerungsgruppen anerkannte Persönlichkeiten gewinnt, die sich für die Impfung aussprechen

BL: Wir empfehlen ein auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhendes, «nationales Durchimpfungsziel» festzulegen, das auch den nicht vernachlässigbaren Anteil der Genesenen angemessen berücksichtigt und bei dessen Erreichen die Covid-19 bedingten Einschränkungen weitgehend aufgehoben werden. Im Übrigen ersuchen wir den Bundesrat erneut, die Ausweitung

der Zertifikatspflicht zu beenden, sobald sich die Lage in den Spitälern auf einem tragbaren Niveau stabilisiert hat.

BS: Keine.

FR: Soutenir les cantons dans des projets interactifs utilisant de nouvelles technologies pour toucher les divers groupes cibles.

GE: Le soutien financier de la Confédération devrait s'étendre à l'ensemble des opérations de vaccination ainsi qu'aux dispositifs mis en place par le canton. Sans cela les dispositifs seront rapidement démantelés pour s'adapter à la faible demande.

La Confédération devrait opérationnaliser elle-même certaines actions et ne pas se reposer sur des cantons déjà au bout de leurs capacités. A titre d'exemple, pourquoi l'OFSP n'envisage-t-il pas de déployer lui-même une campagne nationale d'encouragement des sceptiques à la vaccination ? Enfin, l'expérience nous montre désormais que tant que la politique de testing sera forte, le taux de vaccination sera faible. Le canton exhorte la Confédération à faire un choix plus clair en faveur de la politique de vaccination. En particulier, le fait de permettre la délivrance d'un certificat COVID en cas de tests répétitifs, équivaut à prolonger, pour une partie de la population, la gratuité des tests, et affaiblit d'autant l'encouragement à la vaccination.

GL: Personell.

GR: Einerseits regen wir eine Finanzierung der Impfstellen an. Impfzentren und Hausärzte/-innen sind besser zu vergüten, damit die Motivation gesteigert werden kann, auch an Tagen mit wenig Terminen das Impf- und Beratungsangebot aufrechtzuerhalten. In diesem Zusammenhang bietet sich beispielsweise eine Tagespauschale für Impfzentren an, damit diese für Walk-ins geöffnet bleiben. Aktuell sind die Personalkosten an Tagen mit wenigen Impfungen viel zu hoch. Wenn beispielsweise jedes Impfzentrum jeden Nachmittag geöffnet hätte, würde dies das Impf- und Beratungsangebot vehement verbessern. Damit könnten, sofern notwendig, mehrere kleinere Impfzentren eröffnen.

Des Weiteren regen wir, auch in Hinsicht auf etwaige Boosterimpfungen, eine Anschubfinanzierung der Gemeinde-Kollaborationen an. Für Arztpraxen und Apotheken reichen meist die Räumlichkeiten nicht aus, um mehr Impftermine pro Tag anbieten zu können. Damit dieser Bedarf aufgefangen werden kann, sind zusätzliche (kleine) Impfzentren notwendig (bspw. Pop-ups). Seitens des BAG ist sicherzustellen, dass ausreichend Dosen des Vektorimpfstoffs zur Verfügung stehen, damit all jenen Personen, die dem MRNA-Impfstoff misstrauen, die Möglichkeit geboten wird, sich impfen zu lassen.

Ausserdem ist seitens des BAG zu prüfen, im Zusammenhang mit der geplanten Impfwoche eine zentrale Telefonnummer beim Bund einzurichten ist, an die sich Personen mit ihren Fragen wenden können.

Schliesslich hat das BAG sicherzustellen, dass für die Impfwoche in der gesamten Schweiz ein einziger Slogan verwendet wird.

JU: Un soutien serait judicieux au niveau de la présence sur les réseaux sociaux ou via les médias standards avec des présences scientifiques afin d'expliquer, de vulgariser les informations spécifiques. Une « récompense » pourrait être octroyée aux cantons qui ont fait preuve d'initiative et qui ont déjà mis en place différentes démarches pour encourager la vaccination serait bienvenue. Pour le Jura, on peut notamment citer la vaccination sans rendez-vous, la vaccination dans les communes, dans les lieux de formation et les « carnotzets », sorte de webinaire organisé à l'intention des professionnels de santé pour répondre à leurs questionnements sur la vaccination.

LU: Vgl. Oben.

NE : Voir propositions ci-dessus.

NW: Vor allem bei der Personalrekrutierung wird es immer schwieriger, ausreichend und geeignetes Personal zu finden.

OW: Konkretere themenbasierte FAQs/Merkblätter (z.B. zu spezifischen Arten von Veranstaltungen, Einrichtungen, Bereichen).
Schriftliche Argumentarien/Wording für Entgegnungen zu Impfgegnern, Aufklärung und Grundsatzaussagen gegen Falschaussagen.
Die Glaubwürdigkeit der Politik und der Wissenschaft kann gestärkt werden, indem der Bund klare Aussagen darüber macht, wann und mit welchen Kriterien die Pandemie beendet werden kann bzw. die besondere Lage aufgehoben werden kann.

SG: – Anpassung der Tarife für Impfungen in der Ärzteschaft (mindestens Fr. 50.00 je Impfung), damit diese jetzt und künftig impfen – auch im Hinblick auf eine Auffrischungsimpfung.
– Finanzielle Unterstützung für die Feinverteilung von Impfstoff direkt in die Arztpraxis.
Der Bund muss unbedingt bei den Firmen darauf einwirken, dass die mRNA-Impfungen in Einmaldosen verfügbar sind. Damit könnte die Impfung in der Arztpraxis oder in der Apotheke einfacher in die Sprechstunde integriert werden – analog zur Grippeimpfung.
Gemäss Bund beruhen die hohen Impfraten in anderen Ländern auf unterschiedlichen Impfstrategien. Die Regierung teilt diese Ansicht nicht. Die Unterschiede resultieren nicht aus den Impfstrategien, sondern hängen von kulturellen Faktoren ab. In der Ostschweiz, in der viele impfskeptische Personen leben und z.T. eine andere Einstellung zur Medizin (Naturheilkunde) gelebt wird, hat es eine viel kritischere Haltung zu Impfungen gegeben als andernorts. Dies muss in alle Überlegungen einbezogen werden.

SH: Allgemein: frühzeitige und klare Vorgaben, welche dann auch so (ohne neue Ausnahmen) auf die angekündigten Termine umgesetzt werden, helfen der Vertrauensbereitschaft in der Bevölkerung.

SO: Eine Koordination der kantonalen Massnahmen und einen Austausch auf Stufe der Verantwortlichen sollte gefördert werden. Die operativen Erfahrungen der Kantone bei der Umsetzung der Impfkampagne sollten in die Massnahmen des Bundes einfließen.

TG: Nötig ist eine Zielimpfquote für die Schweiz, welche die genesenen Personen unter Berücksichtigung der zu erhebenden Dunkelziffer und die unterzwölfjährigen Personen ausnimmt. Die Erreichung der Zielimpfquote müsste automatisch zur Aufhebung aller Einschränkungen führen. Damit würden internationale Vergleich möglich und unser Land hätte ein klares, im besten Fall ein Endziel.

TI: Per restare nell'ambito finanziario, rispetto agli incentivi proposti riterremmo più utile ed efficace un investimento della Confederazione a sostegno di un adeguato indennizzo delle vaccinazioni eseguite dalle farmacie e soprattutto negli studi medici. In questi ultimi, in base alla convenzione stipulata tra i partner tariffali, la retribuzione corrisposta è scesa a fr. 16.50 a partire dal 1° ottobre, risultando inferiore di un terzo rispetto all'importo riconosciuto alle farmacie, con la conseguenza che parecchi cantoni, tra cui il Ticino, interverranno perlomeno a colmare la differenza, come raccomandato anche dalla Conferenza delle direttrici e dei direttori cantonali della sanità.
Auspicheremmo anche un rafforzamento della formazione mirata rivolta agli operatori sanitari, ad esempio sul valore delle analisi sierologiche e degli anticorpi, in modo che possano accrescere le loro competenze e il loro effetto di moltiplicatori, ritenuto come abbiano notoriamente un ruolo fondamentale nelle scelte sanitarie dei propri pazienti.
Ancora in tema di contributi economici, ribadiamo anche in questa occasione la richiesta di partecipazione della Confederazione all'indennizzo dei mancati introiti subiti dalle strutture

ospedaliere a seguito in particolare del blocco delle attività non urgenti decretato sul piano federale tra marzo e aprile del 2020.

Riteniamo altresì opportuno continuare a permettere l'accesso ai test gratuiti anche a tutti i giovani agli studi post-obbligatori, in modo che, indipendentemente dalla scelta vaccinale, possono proseguire la loro formazione in presenza in condizioni quasi ordinarie.

VD: Prolongation du subventionnement de l'engagement de la protection civile.

VS: Comme dit précédemment, la campagne de vaccination doit continuer à être soutenue malgré des résultats faibles à ce stade d'avancement. Le canton du Valais souhaite que le budget proposé dans le cadre de cette consultation soit mis à disposition des cantons afin de les soutenir financièrement dans la mise en œuvre de leurs propres mesures adaptées à leur réalité. Ce financement pourrait être conditionné à l'atteinte d'objectifs en termes de taux de vaccination parmi les différentes classes d'âges.

ZH: Die Definition eines klaren Impfziels durch den Bund, bei dessen Erreichen sämtliche Massnahmen aufgehoben werden, wäre zu begrüssen. Das Beispiel Dänemark könnte auch für die Schweiz dienen.

Die Sicherstellung von weiteren alternativen Impfstoffen durch den Bund sowie kleinere Packungsgrössen, die für niederschwellige Impfangebote infrage kämen, könnten ebenfalls dazu beitragen, die Impfquote zu erhöhen.

Allgemein würde es der Kanton Zürich begrüssen, wenn Massnahmen, wie beispielsweise das Konzept Impf-Offensive, den Kantonen vorab und frühzeitig angekündigt würden. Die Umsetzung von Massnahmen ist zeitintensiv und eine möglichst rasche Information führt letztlich zu besseren Ergebnissen bei der Implementierung von Massnahmen.

11. Weitere Kommentare

AI: Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

AR: Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden unterstützt im Grundsatz die geplante Impf-Offensive des Bundes, da er die Impfung ebenfalls als Schlüssel zum Ausstieg aus der Corona-Pandemie sieht. Es hat sich klar gezeigt, dass die Impfbereitschaft auch in Appenzell Ausserrhoden in den letzten Tagen wieder zurückgegangen ist und ein zusätzlicher Effort dringend nötig ist. Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass die individuelle und zielgruppenspezifische Information entscheidend ist, um Personen zu erreichen, die bisher einer Impfung eher kritisch gegenüberstanden. Er ist sich aber bewusst, dass dieses Vorgehen mit Blick auf die Ressourcen eine Herausforderung darstellen wird.

Den Vorschlag des Bundes für Beratungsgutscheine lehnt der Regierungsrat jedoch klar ab. Er hält es für falsch die Impfquote über monetäre Anreize für die Bevölkerung erhöhen zu wollen.

BE: Grundsätzliches:

Ziel aller behördlichen Einschränkungen muss die Verhinderung einer Überlastung des Gesundheitswesens sein, wobei auch die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgewirkungen und die Verhältnismässigkeit der Massnahmen zu berücksichtigen sind. Die Erhöhung der Impfquote wird den Weg aus der Pandemie bereiten. Sich impfen zu lassen ist für einen grossen Teil der Bevölkerung mit geringem Aufwand verbunden. Der Kanton Bern hat jedoch in den vergangenen Wochen seine Anstrengungen beim Bereitstellen von unterschiedlichen Impfangeboten weiter verstärkt. Impfwillige können sich heute innert kurzer Frist impfen lassen, voraussichtlich ab dem 11. Oktober 2021 auch mit dem Impfstoff Janssen, einem Vektor-Impfstoff von Johnson und Johnson. Die Zahl der im Kanton Bern zweimal Geimpften liegt inzwischen bei rund 610'000 Personen, weitere rund 76'000 Personen wurden einmal geimpft. Es geht nun darum, jene Menschen zu erreichen, die bisher nicht für den Schritt zum Impfen gewonnen werden konnten. Zu

diesem Zweck wurden im Kanton Bern mobile Einheiten, ein Impfruck und Impfungen ohne Voranmeldung realisiert.

Die Zielsetzungen der Impf-Offensive und dass der Bund die Anstrengungen der Kantone bei der Durchimpfung der Bevölkerung unterstützen will, werden begrüsst.

Weitere Bemerkungen

- Dass Massentests für die Ausstellung eines Zertifikats möglich sein sollen, lehnen wir ab. Diese Massnahme steht im Widerspruch zum Ziel, die Impfkampagne voranzutreiben. Es sind jetzt Massnahmen zu ergreifen, die Anreize zum Impfen setzen, und nicht solche mit gegenteiligen Auswirkungen. Aus der Krise kommen wir, wenn mehr Impfungen verabreicht werden, nicht wenn mehr Tests gemacht werden. Eine Ausnahme soll einzig für Hochschulen geprüft werden, für die Zulassung zu Veranstaltungen (Vorlesungen, Symposien, Seminare etc.) an der Hochschule, aber keinesfalls für Freizeitaktivitäten. Der Kanton Bern wird seine entsprechenden Prozesse nicht anpassen.

- Auch die Ausstellung eines Zertifikats nach einem Nasal-Schnelltest lehnen wir ab.

BL: Am 1. Oktober 2021 uns das Bundesamt für Gesundheit (BAG) Unterlagen betreffend die Konsultation der Kantone zum Konzept «Impf-Offensive» des Bundesrates zukommen lassen. Zur Eingabe einer Antwort wurde eine Zeitspanne bis zum 6. Oktober 2021 festgelegt. Solch kurze Fristsetzungen sind künftig zu vermeiden, denn sie lassen sich grundsätzlich nicht mit den ordentlichen Abläufen der kantonalen Entscheidungsfindung vereinbaren.

Wir bedanken uns dennoch für die Gelegenheit zur Stellungnahme und unterbreiten Ihnen hiermit unsere Konsultationsantwort.

Einleitende Bemerkungen

Wir stimmen der vom Bundesrat in seiner Medienmitteilung vom 1. Oktober 2021 kommunizierten Einschätzung zu, dass die Impfung «der Schlüssel zum Ausstieg aus der Krise» ist. Wir empfehlen diesbezüglich ein auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhendes, «nationales Durchimpfungsziel» festzulegen, das auch den nicht vernachlässigbaren Anteil der Genesenen angemessen berücksichtigt und bei dessen Erreichen die Covid-19 bedingten Einschränkungen weitgehend aufgehoben werden. Im Übrigen ersuchen wir den Bundesrat erneut, die Ausweitung der Zertifikatspflicht zu beenden, sobald sich die Lage in den Spitälern auf einem tragbaren Niveau stabilisiert hat.

Unser Kanton hat mit der noch im letzten Jahr begonnenen Einrichtung von Impfzentren – von denen eines weitergeführt wird -, dem Einsatz von mobilen Impfeinheiten in Heimen, Schulen und Gemeinden oder dem Angebot, sich ohne vorherige Anmeldung impfen zu lassen, viel unternommen, um die Menschen auch mit niederschweligen Impfangeboten zu erreichen. Die vom Bundesrat nun angestossene «Impfoffensive» ist ein weiteres und grundsätzlich begrüßenswertes Signal in diese Richtung. Auch sogenannte «unkonventionelle Ideen» sollen dabei durchaus umgesetzt werden, solange sie den Prinzipien der Verhältnismässigkeit folgen und rechtlich vollständig abgestützt sind.

Das erste Prinzip sehen wir insbesondere bei den «50 Franken-Gutscheinen für erfolgreiche Impfberatung» nicht als gegeben an. Normalerweise finden solche «Kunden werben Kunden»-Aktionen innerhalb eines geschlossenen Marktsystems statt (z.B. Krankenversicherungen, Banken, Warenhäuser etc.), wo entsprechende Gutscheine in den jeweiligen «Unternehmenswährungen», bzw. Gutscheinen getätigt werden können. Der Kanton müsste in diesem Fall spezielle «Wertscheine» entwickeln. In ihrer eigenen Währung und Logik wären dies z.B. Steuergutscheine, was nicht handhabbar ist. Zudem sehen wir in Anbetracht der für unseren Kanton «überschaubaren zu erwartenden Summe» kein sinnvolles Verhältnis zwischen einem allfälligen Nutzen und dem Zusatzaufwand für die Berechtigungsfeststellung / Meldung / Versand / Einlösung / Verbuchung, etc. von Gutscheinen.

Das zweite Prinzip sehen wir beim Einsatz von «Beratungspersonen» gefährdet. Die Kontaktaufnahme setzt die Kenntnis voraus, ob eine Person ungeimpft ist. Dies wiederum kann nur ermittelt werden, indem der Kanton über lückenlose Informationen betreffend die geimpften Personen verfügt. Unseres Erachtens fehlt die für ein eigentliches «COVID-19-Impfregister»

zwingend notwendige formellgesetzliche Grundlage. Insgesamt erachten wir eine individuelle Kontaktaufnahme mit ungeimpften Personen als rechtlich nicht ausreichend abgestützt sowie für praktisch schwierig, beziehungsweise angesichts des Zeitdrucks kaum umsetzbar.

GR: Allgemeine Bemerkungen:

Wir erachten das vom BAG vorgelegte Konzept für eine Impf-Offensive im Grundsatz als guten Werkzeugkoffer. Es ist allerdings den Kantonen zu überlassen, welches dieser Werkzeuge sie einsetzen wollen. Dies aufgrund der Tatsache, dass die Kantone angesichts der gemachten Erfahrungen besser abschätzen können, welche Massnahmen erfolgreich sein werden.

Es ist nun dringend angezeigt, dass seitens des Bundes (BAG) kommuniziert wird, welche Durchimpfungsrate in der gesamten Schweiz erreicht werden soll. Dabei ist klar zu kommunizieren, ab welcher Zahl von geimpften und genesenen Personen (z.B. ab 85 oder 90 Prozent der Bevölkerung) die derzeit noch geltenden Massnahmen wie bspw. die Maskentragpflicht im ÖV oder in Einkaufsläden aufgehoben werden können. Nur so lassen sich allfällige ungeschlüssige Personen allenfalls noch zu einer Impfung bewegen. Idealerweise werden diese Ziele für die Durchimpfungsrate nach Altersgruppen festgelegt, zumal die Belastung des Gesundheitswesens je nach Altersgruppe verschieden ist.

In diesem Zusammenhang ist seitens des Bundes (BAG) ebenfalls zu definieren, ob Kinder unter 12 Jahren zu den nicht geimpften Personen zu zählen sind und dadurch die Durchimpfungsrate senken.

Schliesslich ist zu prüfen, ob es nicht angezeigt wäre, einen "Experimentierartikel" einzuführen, der es einem innovativen Kanton ermöglichen würde, die Umsetzung allfälliger Massnahmen, die nicht im Konzept enthalten sind, gleichwohl aber erfolgreich sind, über den Bund abrechnen zu können.

NE: Nous déplorons les délais de consultation urgents récurrents, qui dans ce cas, par exemple, n'étaient pas nécessaires et qui contribuent à épuiser les équipes et donc à générer du risque supplémentaire dans la gestion de crise.

Merci d'accuser réception de nos réponses et de nous en transmettre copie pour nos dossiers.

SO: Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

SZ: Wir begrüssen die Intensivierung der Impfanstrengungen, möchten aber auch betonen, dass man den Entscheid von denjenigen Personen, die sich nicht impfen lassen wollen, angemessen akzeptiert. Man muss sich bewusst sein, dass zu aggressive Massnahmen in die persönliche Entscheidungsfindung eingreifen und rasch auch in Aggressivität umschwingen können.

In den letzten Wochen und Monaten wurden enorme Anstrengungen im Bereich des Impfens unternommen. Gerade in den letzten Wochen waren diese mit grossem Aufwand verbundenen Anstrengungen oft mit mässigem Erfolg verbunden. Dies schlägt sich auch auf die Motivation und Bereitschaft der Akteure nieder, die für eine erneute Impfanstrengung zwingend miteingebunden werden sollten.

TG: Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme in erwähnter Angelegenheit.

Wir stimmen mit Ihnen überein, dass die Impfquote der Schweiz erhöht werden muss, weil dies eine Rückkehr zur Normalität ermöglicht. Um dieses Ziel zu erreichen, erachten wir es als ganz grundlegend, dass die Schweiz eine aussagekräftige und international vergleichbare Impfquote berechnet und kommuniziert. Wir beantragen daher, die Impfquote um die Angabe der Anzahl genesener Personen – hier wären Anstrengungen zu unternehmen, die Durchseuchungsrate ohne vorhandenes Testresultat zu eruieren – zu ergänzen und auch die nicht-impfbaren unterzwölfjährigen Personen aus der Berechnung der Impfquote auszunehmen. Dies entspricht vielen ausländischen Impfquotenberechnungen. Damit wären glaubwürdige, vergleichbare Zahlen vorhanden. Auf dieser Basis sollte der Bund eine klare Zielimpfquote festlegen, die automatisch zur Aufhebung aller Massnahmen führt. Diese würde der Bevölkerung eine Perspektive geben und

eine Motivation, die Zielimpfquote zu erreichen.

Inhaltlich lehnen wir die vorgeschlagenen Massnahmen einer Impf-Offensive als realitätsfern und wenig praxistauglich ab. Die Impfung und eine hohe Impfquote sind zweifellos das wichtigste Instrument für die Bewältigung der Pandemie. Dennoch sollte der individuelle Entscheid, sich impfen zu lassen, persönlich und möglichst frei getroffen werden können. Dieser liberale Gedanke ist im Konzept vergessen gegangen. Zudem wird es in Teilen der Bevölkerung kaum verständlich sein, dass der Bund soeben die Tests bei den Ungeimpften und damit beispielsweise für viele stark leidenden Studierende aus finanziellen Gründen nicht mehr übernehmen kann, um kurz darauf hunderte Millionen Franken für inhaltlich nicht überzeugende Impfförderungsmassnahmen auszugeben. Dies wirkt nicht durchdacht und schmälert die Glaubwürdigkeit des Bundesrates.

VD: Rien à signaler.